

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnenpreis die 6 gepalmt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Selenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Vorurteile.

Besiege die Vorurteile, wo hindert dich daran? Mark Aurel.

Worauf stützen sich unsere meisten Urteile über unsere Mitwelt. Auf ein sorgfältiges Beobachten und Prüfen, auf gründliche Ueberlegung, auf ein Erfassen der Menschen und Dinge, wie sie wirklich sind. — oder auf ein „Hörensagen“ von anderen, auf ein unbekanntes und unbegründetes persönliches Empfinden! — Müssen wir nicht alle an die Versuchungen und Befürchtungen, daß wir die Wirklichkeit unseren Vorurteilen opfern?

Und doch hat die Erfahrung schon oft unsere Vorurteile korrigiert, wenn wir nicht blindlings auf unserer ursprünglichen Meinung beharren wollten. Beim Biertrinken wird so manche abfällige Bemerkung laut über den neuen „Geiß“ oder den fremden Kameraden. Einer um den andern will dies und jenes Unangenehme über seinen Charakter gehört haben. Da schwärmen die Vorurteile in der Luft, sehen sich im Kopf fest — und bald sieht man den „Neuen“ mit geschwätzter Brille an, kann also kein richtiges Bild von ihm gewinnen. Muß er nicht die Fehler haben, die man sich gedacht hat?

Es wird so viel geredet und geschrieben über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Berufsorganisation; die „Verzinserei“ ist einem aber unheimlich, man hat eine Abneigung dagegen, warum soll man sich daselbst binden? Es wird nicht viel gewonnen dabei etc. Dieses Vorurteil des Gehörts schiebt einen Niegel vor den Geist, daß ernsthafter Gehalt über Fiktion und Wider gar nicht mehr eindringen können.

Es ist sehr bequem, andere für sich denken zu lassen und deren Ansichten ungeprüft zu übernehmen; auch ist es um das Fühlen eine mühelose Sache. Doch, wer wirklich der Wahrheit Ehre antun will, der nimmt mit den Vorurteilen den Kampf auf. Es kostet einen heißen Kampf, sie möglichst zu ignorieren. Jeder fremde Mensch will in seinem eigenen Rechte betrachtet sein, damit man ein richtiges Urteil über ihn gewinnt. Jeder Mensch ist ein solch kompliziertes Gebilde, daß je gerechter man seinem Charakter werden will, man ihn um so länger möglichst vorurteilsfrei in den verschiedensten Situationen beobachten muß.

Wenn ein Verein von maßgebenden Persönlichkeiten geschäftlich empfohlen wird, dann verdient er es doch, daß man sich wenigstens bemüht, ihn in seinen Statuten und seinen Zielen genau kennen zu lernen und danach seine Entscheidung zu treffen.

Wer sich in seinem Leben stets von Vorurteilen leiten läßt, ist kein freier Mensch; er hat die Fingerschube gewiß noch nicht ausgezogen. Der Mensch „unterscheidet, wählet und richtet“. (Goethe.) Von der Blindheit des Vorurteils befreit nur die unausgesetzte Schulung des Beobachtens, Ueberlegens und selbständigen begründeten Urteils.

### Mehr Ausdauer!

In unserem deutschen Vaterlande, ja in ganz Europa gibt es keinen Industriebezirk von solcher Bedeutung und mit einem so kapitalkräftigen Unternehmertum, wie der Rheinisch-Westfälische. Hier sehen wir die Riesenwerke, die 15, 20, ja bis 40 000 Arbeiter beschäftigen. In diesem Gebiete ringen auch die zwei großen Organisationsrichtungen um die Seele der Arbeiter, hier die christlich-nationale, dort die materialistisch-sozialdemokratische. Zu dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit gesellt sich hier noch der Kampf um die Weltanschauung, der Kampf zur Verteidigung der idealen Güter unserer christlichen und nationalen Kultur. Die Kämpfe, die sich hier in den nächsten Jahren abspielen werden, sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Es handelt sich da um die Frage: Soll die Zukunft der Partei der Volksvergiftung, des Klassenkampfes und des Glaubenshasses, oder soll sie der christlichen Arbeiterbewegung und ihren Bestrebungen gehören?

Die sozialistischen Organisationen werden alles daran setzen, unsere Bewegung zu vernichten und die christliche Arbeiterschaft in ihr Joch zu zwingen. Besser wie jedes Wort hat uns dieses die letzte Bergarbeiterbewegung bewiesen. — Das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften schrieb in Nr. 1 des Jahres 1905:

„Die zweite Million der Gewerkschaftskämpfer wird uns vorzugsweise der Westen liefern, der auch der Schauplatz der größten Kämpfe sein wird. Hier werden die Schlachten der Zukunft geschlagen und hier wird vielleicht unter schmerzlichen Wehen die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geboren werden.“

Erkennen wir also die Zeichen der Zeit! In nie gekannter, gehässiger Weise werden Tag für Tag die christlichen Arbeiter verpöthet; mit allen Mitteln sucht man sie für die Sozialdemokratie zu fördern. Ueberall wird für die rote Partei- und Gewerkschaftsbewegung eine intensive und ausdauernde Tätigkeit entfaltet. Sollen wir hier zurückweichen? Nein! und nochmals nein! Heraus aus Reserve! Jeder Mann muß heute Agitator sein; zeige jeder persönliche Opferwilligkeit, die schönste Tugend des christlichen Gewerkschaftlers; dann wird die Zukunft uns gehören.

Aber auch in materieller Beziehung müssen

wir noch eine größere Opferwilligkeit an den Tag legen. Es geht auf die Dauer nicht an, daß wir für einen geringeren Wochenbeitrag dasselbe leisten sollen, wie der viel ältere sozialistische Verband. Unsere Gegner wissen ganz genau, daß sie uns nicht tot reden können und darum wird versucht, uns in dieser Beziehung zuvor zu kommen. Beachten wir doch nur die eine Tatsache. In den roten Hochburgen wird bei Lohnbewegungen andauernd die Bremse mit herumgeschleppt, aber dort, wo hauptsächlich unser Feld ist, wird ein Feuer nach dem andern angezündet, um uns womöglich materiell zu ruinieren.

Was geschah denn da jüngst im Bergbau? Gegen alle gewerkschaftlichen Regeln inszenierten die sozialdemokratischen Führer dort einen Streik; man versuchte die edelste Tugend der Arbeiterschaft, das Solidaritätsgefühl zu mißbrauchen — nur, um die Geschäfte der Sozialdemokratie zu besorgen. Nicht Verbesserungen für die Arbeiter wollte man erzielen — das war ja nach Lage der Sache ausgeschlossen — sondern die christliche Gewerkschaftsbewegung sollte vernichtet werden. Das mißlang infolge der gewerkschaftlichen Einsicht und der Disziplin der christlichen Arbeiter. Aber durch diesen Mißerfolg wird man sich im sozialistischen Lager nicht von weiteren Versuchen zur Aufrichtung der roten Alleinherrschaft abhalten lassen. Ueber kurz oder lang werden wir auch in der Metallindustrie schwere Kämpfe auszufechten haben. Nur die Erziehung unserer Truppen zu gewerkschaftlicher Einsicht, Disziplin und Opferwilligkeit verbürgt uns da den Erfolg. Unausgesetzte Pflege und Propagierung unserer Ideale ist die eine, Stärkung unseres materiellen Rückhalts, unserer Verbandskasse die andere unbedingt notwendige Aufgabe unserer Kollegen.

Darum muß jetzt ungesäumt die Agitation, die Aufklärungsarbeit mit der ganzen persönlichen Opferfreudigkeit und Liebe zur Sache betrieben werden, wie es sich für überzeugte christliche Gewerkschaftler geziemt. Alle können und müssen wir da mithelfen. Das gewaltige Heer der Schwankenden und Unentschiedenen, der Unorganisierten ist für uns die ständige Gefahr, da es im gegebenen Augenblick nur allzu leicht in die Bahnen des unfruchtbaren und die Arbeiterschaft schwer schädigenden Radikalismus einlenkt. Hier müssen wir ringen um die Seele des Einzelnen. Eine Riesearbeit freilich — aber auch eine Arbeit, die nichtsdestoweniger rüstig fortzuschreiten wird, je mehr Kollegen sich daran beteiligen. Und alle können wir hier mitarbeiten. Das Wie ist im Laufe der Zeit in unserem Organ ja wiederholt besprochen worden; erinnert sei nur an die Worte Hausagitation und Branchenagitation.

Wenn diese Agitationsmethoden bislang noch nicht überall den erwarteten Erfolg zeitigten, so beweist das nichts gegen ihre Güte, sondern nur, daß es den Kollegen dort an der nötigen Ausdauer und Beharrlichkeit bei der Durchführung gemangelt hat. Das ist m. E. der Fehler, an dem unsere Agitationsfähigkeit an vielen Orten krankt. Nur Beharrlichkeit führt zum Ziel! Dieses zutreffende Sprichwort wird von vielen Kollegen noch zu wenig beachtet. Einmal, zweimal und wenn's hoch kommt, auch dreimal im Jahre machen da einige der eifrigsten Kollegen einen Vorstoß zur Agitation. Eine Anzahl Mitglieder werden gewonnen — man freut sich des Erfolges, freut sich, die Mitgliederzahl der Ortsgruppe gesteigert zu haben — aber man vergißt dabei gar zu gern, daß noch Hunderte, noch Tausende dem Indifferentismus abgerungen werden müssen durch unausgesetzte, zähe, beharrliche Aufklärungsarbeit. Setzen wir hier den Hebel an. Schon vor einigen Monaten hieß es ganz zutreffend in unserem Organ: „Die Hausagitation muß in Permanenz erklärt werden!“ Das gleiche gilt für die Branchen-Agitation und für alle gewerkschaftliche Klein- und Aufklärungsarbeit überhaupt. Nun aber auch zum Entschluß die Tat! Gerade in Rheinland-Westfalen haben die Ereignisse der letzten Wochen und Monate das Riesenhier der indifferenten Schläfer aufgeschreckt. Nutzen wir die Zeit; ringen wir in emsiger Aufklärungsarbeit um die Seele des Einzelnen. Werben wir beharrlich um den Arbeitskollegen; machen wir ihn zum treuen Weg- und Streitgenossen im Kampf für unsere große und ideale Sache!

### Drei Jahre Bundesratsverordnung für die Grobblechindustrie.

#### III. Sonntagsüberarbeit.

Von der gesamten Ueberarbeit des Jahres 1911 sind 9 432 264 Stunden oder 44,43% an Sonn- und Festtagen geleistet worden. Daran waren 54 800 oder 26,4% der Gesamtarbeiterschaft beteiligt. Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt 12 800 Arbeiter oder 30,5%. Die Zahl der Sonntagsüberstunden stieg um 1 741 491 oder 22%. Jeder beteiligte Arbeiter leistete durchschnittlich 172 Sonntagsüberstunden. Mit durchschnittlich 190 Sonntagsüberstunden auf den Kopf der Beteiligten marschiert der Regierungsbezirk Düsseldorf an der Spitze; es folgen Trier mit 174, Duppeln mit 164 und Arnberg mit 158 Stunden.

Rachfolgend ist für ganz Preußen und die vier Hauptbezirke zusammengestellt: 1. die Zahl der Arbeiter, die an Sonn- und Festtagen Ueberarbeit leisten mußten in absoluten und Verhältniszahlen; 2. die Zahl der von diesen Arbeitern wirklich geleisteten Sonntagsüberstunden; 3. die durchschnittliche Zahl der auf jeden Arbeiter treffenden Sonntagsüberstunden. Zum Vergleich sind die Ziffern aus den Vorjahren mit eingezeichnet.

Bezirk	Jahr	Zahl der Arbeiter die Sonntags Ueberarbeit leisten mußten		Zahl der wirklich geleisteten Sonntagsüberstunden	
		insgesamt	Vom 100 der Gesamtbevölkerung	insgesamt	auf einen Arbeiter (Sp. 3) taken b. durchschnittlich Sonntagsüberstunden
1	2	3	4	5	6
Preußen	1909	—	—	3 230 986	—
	1910	41 991	21,1	7 691 773	183
	1911	54 800	26,4	9 432 264	172
Düsseldorf	1909	—	—	1 250 550	—
	1910	18 526	28,8	3 809 710	179
	1911	19 995	30,0	3 813 321	190
Arnberg	1909	—	—	973 762	—
	1910	10 926	23,5	1 629 320	149
	1911	13 623	25,4	2 149 567	158
Duppeln	1909	—	—	649 340	—
	1910	7 442	23,4	1 079 679	145
	1911	9 502	29,0	1 560 859	164
Trier	1909	—	—	52 630	—
	1910	—	—	766 772	—
	1911	6 044	23	1 054 002	174

Im ganzen Königreich Preußen waren 1911 von den Beschäftigten 26,4% mit Sonntagsüberarbeit befaßt, in Düsseldorf 30, Duppeln 29, Arnberg 25,4 und in Trier 23%. Die durchschnittliche Zahl der von einem Arbeiter geleisteten Sonntagsüberstunden ist für ganz Preußen in 1911 gegen 1910 zurückgegangen, dagegen in Düsseldorf, Arnberg und Duppeln gestiegen. Die erhebliche Zunahme der Ueberarbeit fällt fast ganz auf die gesteigerte Sonntagsüberarbeit. Auf sie treffen 503 611 von den 664 228 Stunden der Ueberarbeitsteigerung im Bezirk Düsseldorf. In Duppeln stieg die Zahl der Sonntagsüberstunden um 481 180, während die Ueberarbeit im ganzen nur um 431 854 Stunden zunahm. In Trier schnellte die Sonntagsüberarbeit um 287 230 Stunden empor, gegen eine Zunahme der Ueberarbeit überhaupt von 131 672 Stunden. In ganz Preußen weist die Ueberarbeit eine Steigerung von 11% auf, die Sonntagsüberarbeit stieg dagegen um 22,6%.

Die starke Zunahme der Sonntagsüberarbeit ist umso bedenklicher, weil durch diese Ziffern die Sonntagsarbeit längst nicht vollständig wiedergegeben wird. Es darf nicht vergessen werden, daß in diesen Zahlen weder die regelmäßige Sonntagsarbeit noch die 24stündigen Wechselschichten enthalten sind. Durchweg fällt 1911 von der gesamten Ueberarbeit ein bedeutend größerer Teil auf Sonn- und Festtage wie im Vorjahre. Von der Ueberarbeit des Jahres 1910 wurden 40,34% Sonntags geleistet, von der Ueberarbeit des Jahres 1911 aber 44,43 Prozent, und im Regierungsbezirk Trier gar 50,45 %.

In den drei Jahren des Bestehens der Bundesratsverordnung wurden in Preußen und den 4 Hauptbezirken von der Gesamtüberarbeit des jeweiligen Jahres an Sonn- und Festtagen geleistet:

	1909	1910	1911
Preußen	42,92%	40,34%	44,43%
Bezirk Düsseldorf	41,35%	44,14%	46,72%
„ Arnberg	45,40%	36,10%	37,74%
„ Duppeln	42,80%	40,00%	45,90%
„ Trier	42,85%	39,17%	50,45%

Die Sonntagsüberarbeit hat nicht nur im ganzen zugenommen, sondern auch die Ueberarbeitsfälle, die länger wie sieben Stunden in Anspruch nahmen, sind im Jahre 1911 wieder zahlreicher. Von den 886 265 Sonntagsüberarbeitsfällen des Jahres 1910 dauerten 48,2% aller Fälle länger wie 7 Stunden, von den 1 164 061 Fällen in 1911 aber 50,4%. Von je 100 Fällen der Sonntagsüberarbeit dauerten:

	1910	1911
bis zu 1 Stunde	3,7	3,1
1 bis 2 Stunden	5,7	5,4
2 „ 3 „	5,9	5,2
3 „ 4 „	4,7	4,8
4 „ 5 „	9,6	9,3
5 „ 6 „	12,2	12,0
6 „ 7 „	10,0	9,8
Ueber 7 Stunden	48,2	50,4

Im Bezirk Arnberg wurde der Betriebsführer eines Stahlwerkes mit 6 Mark bestraft, weil er trotz wiederholter Hinweise die Sonntagsüberarbeit nicht in das Verzeichnis eingetragen hatte. Der Berichterstatter des Regierungsbezirks Düsseldorf schreibt über Verstöße der Werke bei Sonntagsüberarbeit:

„Mehrere Arbeiter eines Hüttenwerkes führten Beschwerde über übermäßige Heranziehung zu Sonntagsarbeiten in der Blechabfertigung eines größeren Walzwerkes. Es stellte sich heraus, daß die Arbeiter in dieser Betriebsabteilung mehrfach Sonntagsabend nach nur 12stündiger Betriebsruhe aufgeboten waren. Das gleiche war in der Abfertigung eines an-



deren Blechwalzwerk an einem Sonntag und in der mechanischen Werkstatt eines Gußstahlwerkes am Vortag geschlo-

**Pausen**

Paragraph 3 der Bundesratsverordnung schreibt vor, daß in allen Schichten, die länger wie acht Stunden dauern, jedem Arbeiter Pausen in einer Gesamtdauer von zwei Stunden gewährt werden müssen.

Im Bezirk Arnberg ist die einstündige Mittagspause für 1126 Arbeiter oder 21% der Gesamtbelegschaft ver- fahrt worden.

Im Bezirk Erier haben 3559 Arbeiter oder 13,4% der Gesamtbelegschaft keine einstündige Mittagspause.

Im Regierungsbezirk Aachen wurde in einem Walzwerk die Verkürzung der Hauptpause auf eine halbe Stunde ge- fahrt.

Im Bezirk Koblenz hatten 956 Arbeiter oder 17,8% der Gesamtbelegschaft eine kürzere Mittagspause wie eine Stunde.

Im Bezirk Osnabrück ist die Mittagspause auf eine halbe Stunde beschränkt für 30% der Arbeiter in Walzwerken.

Erst dieser reichlichen Bewilligung von Ausnahmen wird nicht selten gegen die Innehaltung der Pausen verstoßen.

Wenn nicht mehr Verstöße gegen die Pausen zur Anzeige gekommen sind, so liegt dies daran, daß wie schon oben durch den Arnberger Bericht nachgewiesen, die Zuwiderhandlungen in dem Durcheinander der Betriebe schwer zu ermitteln sind.

**Das Kartellwesen in Deutschland**

**mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.**

**II.**

Die ersten Ausführungen haben uns in das Wesen und die Art der Kartelle eingeführt. Eingangs haben wir die wesentlichen Bestandteile gegeben.

ben ist. Die Bedeutung nationaler Wirtschaftspolitik hat dadurch aber — nach ihrer anfänglichen Unterschätzung — keineswegs abgenommen.

In dem Ausgeführten soll nicht gesagt sein, daß nur wo Schutzölle sind, Kartelle entstehen könnten.

Die Kartelle sind das ureigenste Produkt unserer modernen Wirtschaftsentwicklung. Ohne diese, die sich in erster Linie in einer gewaltigen Konzentration der industriellen Betriebe äußert, sind sie nicht denkbar.

Man kann noch weiter gehen und sagen: Erst durch die gewordene Konzentration, erst durch die Uebersagung der Großbetriebe wurden die Kartelle technisch möglich.

Will ein Kartell seine Aufgabe richtig erfüllen, so muß die ganze Produktion in ihm vereinigt sein.

Außer von den bisher angegebenen Momenten hängt die Möglichkeit der Kartellbildung und noch mehr die ihrer Vollkommenheit von dem Charakter der zu kartellierenden Produkte ab.

Die Kartelle haben erkannt, daß die Vereinigung möglichst der ganzen Produktion der betr. Industrie für sie ein Lebensinteresse bedeutet.

Die Kartelle haben erkannt, daß die Vereinigung möglichst der ganzen Produktion der betr. Industrie für sie ein Lebensinteresse bedeutet.

Die Kartelle haben erkannt, daß die Vereinigung möglichst der ganzen Produktion der betr. Industrie für sie ein Lebensinteresse bedeutet.

hier handeln, fast von kaum zu bewältigender Schwierigkeit. Eine Kontingentierung der Produktion wie sie etwa beim Kohlen-

Auch die Kartelle höherer Ordnung — also die Absatzkartelle — sind ebenfalls nur möglich, wenn die Produkte von einer gewissen Einheitlichkeit sind.

Die Schwierigkeiten, welche einer Kartellbildung entgegenstehen, sind, wie wir gesehen haben, nicht gering.

Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit bietet in einem Kartell die Handhabung der Kontrolle, die darüber wacht, daß die von den Mitgliedern übernommenen Verpflichtungen auch wirklich eingehalten werden.

Die bisherigen Ausführungen lassen bereits die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Kartelle erkennen — sie im einzelnen darzulegen, soll einem dritten Artikel vorbehalten sein.

**Schlafgänger und Wohnungselend.**

Die Tatsache der Wohnungsnot in zahlreichen Städten und Industriebezirken wird kaum mehr geleugnet, außer von gewissen interessierten Hausbesitzern.

„München und Königsberg hatten z. B. im Dezember 1910 nur 1/2 Prozent leerstehende Wohnungen, Linden, Dresden, Dortmund 1 Prozent.

Ein Drittel des kleinen Betrages von 420 Mark Jahres- einkommen für Miete! Im Jahre 1900 ist dann der Preis um rund 3 Prozent auf 31,8 Prozent bei denselben Einkommen gestiegen.

Durch die Statistik der Stadt Schöneberg wird ebenfalls festgestellt, daß der Anteil der Mieten bei den kleineren Einkommensempfängern immer mehr steigt, und daß je ärmer jemand ist, desto größere Summen er herausbringen muß.

„Wie notwendig die Wohnungsreform aber auch aus sittlichen Gründen ist,“ sagt Kollege Schirmer weiter, „zeigen einige kleine Ziffern über die Belegung der kleinen Wohnungen.

Das sind geradezu erschreckende Zustände. Welche Summe von wirtschaftlichem und sozialem Elend tut sich in einer solchen



# Kollegen!

## Die Frühjahrs-Agitation muß mit zäher Ausdauer durchgeführt werden. Bedenket, nur beharrliche Arbeit führt zum Erfolg!

Statistik auf!" (Zwischenbemerkung des Abg. Grafen v. Bosa-bomski-Wegner: Das ist das Frühbett der Prostitution!) „In Sachsen hat sich herausgestellt, daß 16 und mehr Schlüfer schlafen müssen in einer kleinen Wohnung. Ich habe seinerzeit eine Broschüre über das Wohnungswesen in München geschrieben, die auch in der Reichstagsbibliothek zu haben ist. Welche traurigen Zustände sind dort verzeichnet! Es sind zum Teil ärgere Dinge, wie sie vorhin Herr Kollege Fischer geschildert hat, der von fünf Kindern, die in einem Bett schliefen, gesprochen hat. Ich habe in einem einzigen Zimmer im vierten Stock 12 Personen gefunden und nur zwei Betten!"

Diese Schilderungen trauriger Wohnungsverhältnisse können ergänzt werden aus den eben erschienenen Berichten der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter. Der Beamte für Königshagen berichtet: „Der Mangel an passenden Kleinwohnungen macht sich so fühlbar, daß am 1. Oktober eine Anzahl Arbeiterfamilien kein passendes Unterkommen fand und von der Stadt in Notquartieren untergebracht werden mußte. Um diesem Mangel abzuhelfen, haben zwei gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften erhebliche Kapitalien aufgebracht und werden schon im Laufe des nächsten Jahres eine größere Anzahl neuer Häuserblöcke mit Wohnungen von einem bis drei Zimmern bereitstellen.“

Die Arbeiterkammern in Bäckereien und Fleischerereien liegen vielfach noch sehr zu wünschen übrig. Häufig waren die Räume zu dicht belegt oder nicht heizbar, teilweise auch ungelüftet und fensterlos. Insbesondere waren auch die Arbeiterkammern auf den Siegelereien wieder häufig zu bemängeln. Diese Mängel werden schwer ganz beseitigt werden können, da auch die Siegelarbeiter selbst zu wenig Wert auf Reinlichkeit und Ordnung legen.“

Der Fabriksinspektor für Danzig sagt: „In einigen Getreidemöhlern und Bäckereien entsprachen die Schlafräume für Gesellen und Lehrlinge nicht den beschriebenen Forderungen. Die vorgeschriebene Unterbringung von Wanderarbeitern war in Siegelereien, Riez- und Steingraberereien zu beanstanden. In einem Betriebe waren zwei Ehepaare in einem Zimmer und ein drittes in einem damit unmittelbar zusammenhängenden Räume untergebracht. Auf Grund einer Polizeiverordnung über die Unterbringung von Wanderarbeitern wurde Abhilfe geschaffen, in einem Falle allerdings erst durch Bestrafung des Unternehmers.“

Aus Potsdam wird gemeldet: „Die Unterbringung der Siegelarbeiter läßt immer noch zu wünschen übrig. Durch die für den Regierungsbezirk erlassene Polizeiverordnung über die Wohnungen der Wanderarbeiter vom 20. Oktober 1909 wurden zwar schon bessere Verhältnisse geschaffen, aber die Ueber-tretungen der Polizeiverordnung sind noch sehr zahlreich. Zu mangelhaften Räumen, zu starker Belegung, mangelhafter Beleuchtung, das Fehlen von Waschvorrichtungen und Handtuchern mußten häufig bemängelt werden.“

Der Beamte für den Bezirk Frankfurt a. D. berichtet: „Die für den Regierungsbezirk im Jahre 1910 erlassene Polizeiverordnung über die Unterkunftsbedingungen für gewerbliche und andere Arbeiter ermöglichte es jetzt besser als früher Mängel entgegenzutreten und in zum Teil sehr trüben Verhältnissen Wandel zu schaffen.“

Im Breslauer Bezirk sieht es ebenfalls traurig aus. Der dortige Beamte schreibt: „Die durch die Polizeiverordnung vom 27. Juni 1907 geregelte Unterbringung der Arbeiter leidet trotz mancher Besserung und trotz wachsenden Verständnisses für die Wichtigkeit der Angelegenheit fortgesetzt unter starken Mängeln. Die Gesellen und Lehrlinge fanden vielfach ihre nächtliche Unterkunft auf offenen Böden, auf dunklen Fluren, in engen lichtlosen Gassen, unter unverschalteten, schadhafte Dächern oder in so schwer zugänglichen Kammern, daß sie, infolge der Aufstapelung und Anhäufung von Vorräten leicht feuergefährlicher Art, beim Ausbruch eines Brandes schwerlich hätten entweichen können. Die Ausstattung der Räume, mit Einschluß der Lagerstätten, trug oft nicht einmal den niedrigsten geforderten Anforderungen Rechnung. Soweit die Beseitigung der Mängel nicht ohnehin geschieht, wurde die Polizeibehörde um Unterstützung ersucht. Es wäre für die Innungen eine dankbare Aufgabe, wenn sie von der ihnen gesetzlich (§ 94a der Gew.) beigelegten Befugnis, von der Einrichtung der für die Unterkunft der Lehrlinge bestimmten Räume Kenntnis zu nehmen, umfassenden Gebrauch machten, ihren Einfluß zur Besserung der Verhältnisse einzusetzen und mit der Gewerbeaufsicht zu gemeinsamem Wirken ins Benehmen träten. — In den großen Betrieben (Zuckerfabriken, Siegelereien) wird der Unterkunftsverordnung jetzt meist ausreichend entsprochen, obgleich noch mancherlei Beanstandungen notwendig sind. So hatte eine Zuckerfabrik in einem für 20 Personen genügenden Schlafräume 40 Betten untergebracht und den Raum mit je 20 Mann der Tag- und Nachtschicht belegt.“

Der Beamte für den Regierungsbezirk Merseburg berichtet eingehend über die Wohnungsverhältnisse in Halle a. S. Er sagt: „Die in Halle a. S. eingeführte Wohnungsinspektion hat im ersten Jahre ihres Bestehens arges Uebelstände aufgedeckt, deren Abstellung aber nicht ohne weiteres möglich war. Der Verwaltungsbericht der Stadt Halle sagt darüber: „Hätte man nur die allererschlimmsten Mängel beseitigen wollen, so hätten im ersten Halbjahr etwa 178 Familien aus ihren überfüllten oder an sich ungenügenden Wohnungen aussiedeln müssen. Daß diese Familien bessere Wohnungen gefunden hätten, ist nicht anzunehmen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Inspektion in dem ältesten und engsten Teile der Stadt begonnen wurde.“

In einer beigegebenen Tabelle werden traurige Verhältnisse aufgedeckt. Von 5861 von der Statistik erfaßten ungelerten Arbeitern bewohnten 4460 Wohnungen mit nur je einem heizbaren Zimmer; von 3000 Metallarbeitern hatten 1767 nur Einzimmerwohnungen. Die vorstehende Tabelle zeigt, in was für Wohnungen die verschiedenen Berufsgruppen, nach den Mitteilungen der Wohnungskommission, wohnten:

Der hannoversche Gewerbeverband schreibt in seinem Bericht: „Die wohnliche Unterbringung von Arbeitern in gewerblichen Betrieben auf Grund der Regierungs- und Polizeiverordnung vom 21. Juni 1909 gab in 30 Fällen zu Beanstandungen Veranlassung, die teilweise zur Schließung der Räume und in einem Falle zur Verhaftung führten.“

Welch' elende Lächer von Wohnungen müssen das gewesen sein, daß ihre weitere Bewohnung von den Behörden untersagt werden mußte! Ja, es gibt ein Wohnungs- elend im Deutschen Reich, und ein energisches Vorgehen dagegen ist längst geboten. Der Reichstag hat endlich einen Anlauf genommen und ist in Beratung getreten über die Mittel zur Abhilfe. Zu diesem Zweck ist eine besondere Reichstagskommission eingesetzt worden, der auch Kollege Schirmer angehört. Die Wohnungsbedürftigen, die Mieter, Arbeiter, Beamten u. c., haben allen Grund, diese Wohnungscommission durch Eingaben, Versammlungen usw. zu unterstützen, denn die Gegner einer gesetzlichen Wohnungsreform sind sehr zahlreich.

### Zur Generalversammlung.

Wenn ich mir einige Zeilen zum Punkte Generalversammlung gestatte, so leitet mich einzig nur der Wunsch, den Kollegen allerorts einmal etwas Verständnis für speziell Schwarzwälder Verhältnisse abzurufen. Ich weiß nun genau, daß auf dem hohen Schwarzwalde im allgemeinen manches, und in Bezug auf gewerkschaftliche Organisation im besonderen vieles im Argen liegt. Als seinerzeit der Verband Schwarzwälder Uhrmacher ins Leben gerufen wurde, knüpften sich an diese Gründung manche Hoffnungen nach der Richtung einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Einfichtige Kollegen wußten ja, daß sich diese Hoffnungen nicht von heute auf morgen verwirklichen ließen. Sie wußten, daß bei der Eigenart der Schwarzwälder jahrelange gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit nötig war und daß nur bei langsamer zäher Fortentwicklung etwas Ersprießliches für uns zu erhoffen war.

Da kam nun, meines Erachtens viel zu früh für die Schwarzwälder, der Zentralisationsgedanke bei dem jungen gewerkschaftlichen Gebilde zum Durchbruch und ich muß gestehen, daß auch ich damals unter den eifrigsten Verfechtern dieses Gedankens zu finden war. Viel zu früh, sage ich heute: Der Anschluß an den Zentralverband zwang uns Schwarzwälder, die gleiche rasche Entwicklung hauptsächlich in Bezug auf Beitragsleistung mitzumachen, wie die Arbeiterkategorien der großen Industriezentren; eine Entwicklung, die in keiner Weise mit unseren Verhältnissen im Einklang stand und die sich deshalb auf die Dauer zur Unmöglichkeit auswachsen mußte. So stehen wir Schwarzwälder vor der vollendeten Tatsache, daß wir heute an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit in Punkte Beitragsleistung angelangt sind. Dem Kenner unserer Verhältnisse wird das ohne Weiteres klar sein. Wir haben hier einen Durchschnittslohn für Durchschnittsarbeiter von 3,25 M., einen Durchschnittslohn von 4,10 M. für Qualitätsarbeiter. Dabei müssen nun unsere Kollegen nicht etwa denken, wir hätten in Bezug auf Lebenshaltung weit bessere Verhältnisse als sie etwa in der Stadt sind; das trifft lediglich nur zu bei Wohnungsmiete. Einige Zahlen dürften das beweisen. Für Miete legen wir je nach der Zahl der Zimmer 14—20 M. monatlich an, für Feuer und Heizung 80—90 M., für ein Liter Milch 20 Pfennig, Kartoffel pro Zentner 4,60 M., Fleisch pro Kilo 1,80 M., Fett 2 bis 2,40 M. das Kilo, Brot 28—30 Pf. das Kilo, Kleidung ist durchschnittlich teurer wie in der Stadt; dabei Erhöhung des Krankentassenbeitrages, Erhöhung der Steuern — und Erhöhung der Beiträge, da können wir nicht mehr mit. Da heißt es dann bei der Agitation, euer Verband ist eine Schraube ohne Ende. Die noch ungeschulten Kollegen springen ab. Neue kommen nicht. Das muß auch auf den begeisterten Kollegen lähmend wirken. Das Resultat ist Stagnation und Rückschritt. Die alten langjährigen Kollegen kommen mit Verbandsunlust und Separationsgedanken.

Die Generalversammlung wird also Mittel und Wege finden müssen, um den Schwarzwäldern Rechnung zu tragen. Wie wäre es denn, wenn man den 60 bzw. 40 und 90 Pf. Beitrag als Grundbeitrag bestehen ließe und für leistungsfähigere Kategorien obligatorische Sozialzuschläge einführen würde. Die Sache mag ja schwierig sein, aber wo ein Wille, da wird sich auch ein Weg finden. Die Kollegen mögen mich ja nicht für einen Schwarzseher halten, ich habe hier lediglich der Stimmung meiner Schwarzwälder Kollegen Ausdruck gegeben und bin mir bewußt, nur wahrheitsgetreu geschildert zu haben. Man wolle auch nicht glauben, daß ich die Möglichkeit einer Beitragserhöhung zur Stärkung unseres Kampfbonds verkenne, das trifft nicht zu; aber nochmals muß gesagt werden, wir Schwarzwälder sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit.

Fr. Jos. S., Böhrnbach.

### Aus der Arbeiterbewegung. Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Zu diesem Kapitel schreibt uns ein aus Sachsen stammender evangelischer Kollege aus dem Ruhrrevier: In Nr. 15 unseres Organs macht ein Kollege aus Sachsen einige bemerkenswerte Ausführungen zur Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereine zu unseren christlichen Gewerkschaften, die ich noch etwas ergänzen möchte. Gelegentlich eines Osterbesuches in Sachsen nahm ich die Gelegenheit wahr, mich über die Strömungen im Zwickauer Streikgebiet persönlich zu orientieren. Und da hat mich die offene Stellungnahme des Kreisverbandes Zwickau (der evangelischen Arbeitervereine. Red.) sehr erregt. Er ist den Angriffen des alten sozialdemokratischen Verbandes scharf entgegengetreten und hat im evangelischen „Volkstreuend“ die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften für richtig anerkannt und verteidigt. In Nr. 15

des „Volkstreuend“ vom 1. April wies Herr Pastor Ungnad-Zwickau ausdrücklich darauf hin, daß dieser von den Gewerkschaften in der Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nicht bringen werde und warnte sie davor, sich „durch die Vorpiegelungen und Versprechungen der Agitatoren der sozialdemokratischen Gewerkschaft betören zu lassen.“

Diese offene Stellungnahme gegen die sozialdemokratische Sache paßt natürlich dem sächsischen Volksblatt gar nicht in den Kram. Dieses rote Organ für Volksverdummung spie Gift und Galle gegen den evangelischen Kreisverband, bezeichnete das Arbeitersekretariat als Sammelstelle für Streikbrecher, apostrophierte die Verbandleitung mit ausgefuchsten roten Rosenamen wie „Streikbrecheragen!“ u.

Über was schadet das. Durch ihre Künste haben die Genossen nur rechtlich ihr Teil dazu beigetragen, Klarheit zu schaffen. Mehr und mehr gelangen nun auch die bisher in der Gewerkschaftsfrage noch schwankenden und unentschiedenen evangelischen Arbeitervereinsmitglieder zu der Einsicht, daß als wirtschaftliche Interessenvertretung für einen evangelischen Arbeiter nur die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in Frage kommen kann. Es zeigt sich immer mehr, daß das sogenannte „rote Sachsen“ in Wirklichkeit gar nicht so rot ist wie sein Ruf. Das muß für uns christliche Gewerkschaftler eine ernste Mahnung zu engerer Aufklärungsarbeit sein. Namentlich auch unsere christlich gesinnten Metallarbeiter in Sachsen müssen sich endlich einmal auf sich selbst besinnen. Wenn der sozialdemokratische Deutsche Metallarbeiterverband in der Zwickauer Ortsverwaltung rund 3200 Mitglieder hehlt, so muß es uns doch erst recht gelingen, hier festen Fuß zu fassen.

### Schwere Niederlage des sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verbandes bei den Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet.

Nachdem bereits am 18. April auf einer Reihe von Beeten des Ruhrgebiets die infolge des Streiks notwendig gewordenen Neuwahlen der Sicherheitsmänner stattgefunden hatten, sind die letzten Wahlen anfangs dieser Woche getätigt worden. Der sozialdemokratische Verband hat an den Wahltagen eine empfindliche Niederlage erlitten. Diefelbe ist gewissermaßen die Antwort der Ruhrbergleute auf den in frivoler Weise vom Jaune gebrochenen Streik. Ferner bildet die Niederlage einen Beweis dafür, welche große Missstimmung das unverantwortliche Vorgehen des Verbandes unter der Bergarbeiterchaft ausgelöst hat. Insgesamt dürfte der sozialdemokratische Verband im Ruhrgebiet 280 bis 300 seiner bisherigen Mandate verloren haben. So wurden dem Verband allein im Selsenthener Bezirk 66 Mandate entzogen; im Bezirk Hamborn-Neumühl 38; im Bezirk Duer 33; im Bezirk Reddinghausen 32; im Bezirk Bodum 25; im Bezirk Oberhausen 17; im Bezirk Essen 16; im Bezirk Steele 14; im Bezirk Sterkrade-Dortfeld 6. Die meisten dieser Mandate eroberte der christliche Gewerkschaften, während in den genannten Bezirken die Polen 31 und die Gelben 47 Mandate erhielten. Aus dem Herneer Bezirk wird berichtet, daß es auf einer großen Anzahl von Schachtanlagen gelungen wäre, die Verbändler und die Polen hinauszudrängen. Auch im Dortmund Revier hat der Gewerkschaften Erfolge zu verzeichnen. Das Resultat der Sicherheitsmännerwahlen zeigt, daß immer mehr Bergarbeiter zu der Erkenntnis gelangen, daß der sozialdemokratische Verband für sie nicht als Interessenvertretung in Betracht kommen kann.

Das Wahlergebnis ist ferner ein sprechender Beweis dafür, was von der Behauptung der Genossen, der christliche Gewerkschaften sei im Ruhrgebiet zurückgegangen, zu halten ist.

### Ein roter Butsch auf der Hamburger Vulkanwerft.

Auf der Vulkanwerft in Hamburg legte am 30. April morgens früh die Gesamtarbeiterschaft (4000 Mann) geschlossen die Arbeit nieder. Als Grund wurde die Entlassung eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes angegeben. Als Mitglied und 2. Obmann des Arbeiterausschusses glaubte der Entlassene das Recht zu haben, alle Abteilungen der Werft zu betreten. Die Firma teilte diese Ansicht nicht und stützte sich dabei auf die Arbeitsordnung; sie entließ ihn, nachdem er am 29. April vom Betriebsführer wieder in einer anderen Abteilung der Werft angetroffen worden war. Das rote Hamburger „Echo“ begrüßte den Butsch der Arbeiter in seiner vom 1. Mai datierten Nr. 101 in echt sozialistisch-bombastischer Weise wie folgt:

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will... War die Erbtirung schon ins Maßlose gewachsen durch die Androhung der Diktation, die Maßfeiern den zehn Tage auszuhalten, so weckte die rigorose Entlassung des Obmanns helle Empörung. Und im Augenblick fanden die Räder still. Das ist ein Aufstand der Maßfeier, der allen Unternehmern, die die Arbeiter brutal knechten wollen, zu denken geben sollte.“

Also „ein Aufstand der Maßfeier“. Das gibt allerdings zu denken. Wollte man durch diese Art „Aufstand“ vielleicht den schwindelwürdigen Maßfonds entlasten und die Entschädigung der Arbeiter für die 10tägige Ausperrung großmütig den Gewerkschaftskassen überlassen?

Wie liegen nun die Dinge? Hatte der Obmann des Arbeiterausschusses wirklich das Recht, andere Abteilungen der Werft zu betreten? — § 16 der Arbeitsordnung besagt: „Es ist nicht gestattet, ohne Anweisung der Vorgesetzten andere als die zugewiesenen Arbeitsplätze, Werkstätten, sowie im Bau oder in Reparatur befindliche Schiffe zu betreten; dieses gilt sowohl für die Arbeitszeit als für die Pausen.“ Hat der Entlassene als Obmann diesen Paragraphen nicht gekannt? Wenn ja und wenn er glaubte, trotzdem zu unrecht entlassen worden zu sein, weshalb betrat er dann nicht auf Grund des § 13 Absatz 2 den vorgezeichneten Beschwerdebeweg, der jedem Arbeiter das Recht gibt, sich an die höheren Instanzen zu wenden? Wenn man glaubte, sich bei dem Beschick nicht beruhigen zu können, warum hat man da nicht gewartet, bis die Diktation darüber entschieden? Müßten die Diktation von der gesamten Arbeiterschaft da mir nichts dir nichts hingeworfen werden? Und warum jetzt man nicht erst die Verbandsleitung von der Sache in Kenntnis? — Ach wo! Unjann! Die sozialistischen Gewerkschaften haben sich von dem

Berufsgruppe	Zahl der Fälle	Davon bewohnten Wohnungen mit Zimmern			
		0	1	2	3
Lebendarbeiter	215	—	94	75	35
Schreiber, Drucker	414	—	180	138	82
Arbeiter der Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	635	—	321	191	105
Lebensmittelberufe (Unselbständige)	439	—	246	124	52
Holz- und Schnitzarbeiter	844	—	493	248	90
Metallarbeiter	3006	—	1767	883	305
Bauhändler	1747	1	1082	449	174
Ungelernte Arbeiter	5854	4	4460	1087	261



von einigen radikalen Schreibern gemachten „Masseninstinkt“ führen zu lassen und ihren Menschenverstand in die Wüste zu schieben. Sie fanden denn auch scheinbar alles in bester Ordnung und fügten sich der Ansicht der Radikalen, wonach Gewerkschaftsführer eben „das Maul zu halten“ haben.

Und nun die „einmütige“ Arbeitsniederlegung. Hunderte von Arbeitern wußten gar nicht, warum es sich eigentlich handelte. Die bekannten sozialistischen Heißsporne arbeiteten mit Hochdruck und suggerierten der Masse, daß die Arbeit niedergelegt werden müsse. Welche dem, der sich da ernstlich weigerte, den offenkundigen Witz zumachen! Trotzdem wagten sich schon bald wieder nüchternere Ermüdungen hervor. Eine Anzahl sozialdemokratischer Vertrauensmänner äußerte sich, als sie die Werft im Rücken hatten und der erste „Mut“ verflohen war: „Diesen Schritt können wir nicht verantworten. Aber wir müssen, weil die verheerete Masse es so will. — Sätze der 1. Obmann (Genosse Heilmann, von dem übrigens die Parole zur Arbeitsniederlegung ausging) nicht die Pflicht gehabt, zuerst die Verhandlungsleitung zu benachrichtigen?“ So und ähnlich unterhielten sich die auf dem Heimweg wieder nüchtern werdenden Genossen.

Am 2. Mai fand nun im Hamburger Englischen Garten eine Betriebsversammlung der streikenden Arbeiter statt, in der einstimmig eine Resolution mit folgendem Passus angenommen wurde: „Die Arbeiter werden nicht eher in die Betriebe der Vulkanwerft zurückkehren, bis der entlassene Vertrauensmann bedingungslos wieder eingestellt wird.“ Ob die Werft diesem Ansinnen der Arbeiterschaft entspricht, ist abzuwarten. Jedenfalls ist das disziplinarische Vorgehen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter auf der Vulkanwerft ein Fingerzeig dafür, daß nur harte christliche Berufsverbände in der Lage sind, derartige Putzschüsse hintanzuhalten. Die Kämpfe zur Reinhaltung des Gewerkschaftsprinzips von verderblichen sozialistischen Einflüssen haben wir als christlich organisierte Metallarbeiter noch vor uns. Vor allem hier an der Wasserfront haben wir es mit einem steinigem Boden zu tun, in dem zudem noch der Anarchosyndikalismus, das der gewerkschaftlichen Arbeit gefährlichste Unkraut, wuchert — und durch die sozialistische Agitation noch begünstigt wird. Aber erfreulicherweise hat auch der christliche Gewerkschaftsgedanke hier Wurzel gefaßt. An unseren christlich und national gesinnten Metallarbeitern aber ist es nun, durch Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes, der die Arbeiterinteressen schwer schädigenden sozialistischen Willkür ein entschiedenes Halt zu bieten.

Einen ähnlichen Putzschuß wie auf der Vulkan-Werft verjagten am Sonnabend den 4. Mai, morgens, einige Hundert sozialdemokratisch organisierte Schiffbauer der Werft von Blohm und Bock ebenfalls zu inszenieren, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Ein Schiffbauer, der sich geweigert hatte, Arbeiten von Maschinerie-Ausgeperrten fertigzustellen, wurde entlassen. Damit war für einige Hundert Heißsporne das Seiden zum allgemeinen Aufbruch a la Vulkan gegeben, indem man glaubte, die gesamte Belegschaft der Werft mit fortzuziehen zu können. Man sah sich aber insofern getäuscht, als nicht nur die Arbeiter der übrigen Abteilungen an der Arbeit blieben, sondern auch ein großer Teil der Schiffbauer ruhig weiter arbeitete.

Diese Putzschüsse, die keineswegs im Interesse der Arbeiter liegen beweisen, welch mangelhafte gewerkschaftliche Erziehung der sozialdemokratische Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern angedeihen läßt.

**Roter Terror und sein Ende.**

Der Messinggießer Ka m m e r e r von S ö c h s t a. M. wurde von der Firma Zulauf, Armaturenfabrik, als Arbeiter eingestellt. Als er nun die Arbeit bei genannter Firma aufnehmen wollte, erklärten die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Formier, daß, wenn Kammerer die Arbeit aufnehmen, sie die Arbeit niederlegen würden. Was war nun der Grund dieses Vorgehens der Genossen? Der Formier ist sich keines Verstoßes gegen die Arbeiterinteressen bewußt; sein einziges „Verbrechen“ besteht darin, daß er als überzeugter Gewerkschaftler im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist, und von der gewerkschaftlichen und politischen Sozialdemokratie nichts wissen will. Das ist in den Augen der roten „Freiheitskämpfer“ der Grund, weshalb man den Prinzipal vor die Entscheidung stellte: „entweder wird der christlich organisierte Arbeiter Kammerer entlassen — oder wir Sozialdemokraten legen die Arbeit nieder.“ Leider hat die Firma dem roten Terror nicht standgehalten. So mußte denn ein Familienvater, leiblich weiß er es ablehnte, den sozialdemokratischen Utopien nachzujagen, außer Brot und Arbeit kommen.

Vom Schöffengericht Ludwigshafen wurden die sozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter Schönleber und Stockburger aus Zuffenhausen zu je 7 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie am 20. Februar d. J. den Geschäftsführer der Firma Dösch unter Androhung des Streiks gezwungen hatten, ein Mitglied des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter zu entlassen. Entweder arbeitslos, oder in den roten Holzarbeiterverband war ihre Zielf.

Vom Königsberger Schöffengericht wurde am 9. März der sozialdemokratisch organisierte Maurer Gehmann zu zwei Tagen Gefängnis und Ertragung sämtlicher Kosten verurteilt. Gehmann hatte als Bandlegierter am 12. Dezember d. J. auf einem Neubau das gemeinsame Arbeiten mit dem christlich organisierten Bauarbeiter Großmann verweigert.

Zu einem Vorgehen in Frankfurt a. M. verlangten die Sozialdemokraten ebenfalls mit Streikandrohung die Entlassung eines christlichen Arbeiters, kamen aber bei dem Unternehmer an die falsche Adresse. Der Arbeitgeber brandmarkte nämlich diese seltsame Art von „Brüderlichkeit“ und stellte es den Genossen ruhig anheim, die Arbeit niederzulegen. Da trauten die roten Terroristen zusammen, berieten sich zu entschuldigenden und kehrten wie begossene Pudel schnell an ihre Arbeitsstellen zurück. — Wenn alle Arbeitgeber so handhelt wären, würde den Sozialdemokraten das traure Handwerk Andersgeimute brotlos zu machen, schnell gelegt sein.

Auf den Dazig-Büchlerer Sägewerken erzwangen die im sozialdemokratischen Transportarbeiterverband organisierten „Genossen“ unter Streikandrohung die Entlassung von 15 Mitarbeitern, die zum Teil christlich, zum Teil unorganisiert waren, weil sie sich weigerten, der sozialdemokratischen Organisation beizutreten.

So liefern die Genossen in ihrem Fanatismus den Schamachern unangelegentlich Material zur Begründung neuer Ausbeutungsgesetze für die Arbeiterbewegung. Den christlichen Arbeitern aber mögen diese Fälle wieder erneut den Beweis liefern, daß nur durch Stärkung der christlichen Gewerkschaften den roten Vergewaltigungen ein wirksames Paroli geboten werden kann.

**Rundschau.**

Der Stahlwerksverband läuft bekanntlich am 30. Juni d. J. ab. Seit Wochen schwebten schon die Verhandlungen zur Erneuerung des Synbifikatsvertrages, die bis zum 30. April beendet sein mußten. Die Erneuerung ist schließlich in den Morgenstunden des 1. Mai teilweise gelungen. Synbifiziert wurden wiederum die A-Produkte, während die Kontingentierung der B-Produkte nicht zu erreichen war, von einer Synbifizierung, die schon seit 1901 angelehrt wird, ganz zu schweigen. Dieses bedauerliche Ergebnis ist eine natürliche Folge der unheimlichen Verdrängungsaktionen, die in der Großeisenindustrie traurige Gebilde geschaffen hat. Die Großen wollten freie Hand haben, und darum war eine Einigung nicht möglich. Die „Rheinische Volkszeitung“ (Nr. 389/12) schreibt zu diesem Resultat unter anderem:

„Die deutsche Volkswirtschaft hat vom Stahlwerksverband in seiner neuen Form nicht den geringsten Vorteil. Er ist lediglich eine Karikatur dessen, was den Erfindern des ersten Verbandes im Jahre 1904 als Ideal vorgeschwebt hatte. Wohin zieht aber diese ganze Entwicklung? Glaubt man vielleicht, daß in fünf Jahren die Verhandlungen ein besseres Ergebnis haben werden? Aller Voraussicht nach wird der neue Verband seinen Mitgliedern, wie den hinter diesen stehenden Bauern die ganze Kartellierung gründlich verleiden. Mehr noch, als unter der Herrschaft des bisherigen Vertrages, wird die Ueberlegenheit der „gemischten“ Betriebe zu Tage treten, denen durch die Herstellung von „Produkten B“ bei jeder Verschlechterung der Marktlage für Produkte A die Möglichkeit gegeben ist, ihre Leistungsfähigkeit in vollem Umfange auszunutzen. Selbst wenn, wie noch hier und da erwartet wird, zwischen einzelnen Werken Verständigung über Stabeisen oder dergl. erzielt werden, so ist doch daran nicht zu zweifeln, daß die „reinen“ Walzwerke jetzt mehr denn je der Bedrängung durch die „gemischten“ Betriebe ausgesetzt sind. Die ganze Entwicklung drängt schließlich zur Vertiefung. Die Zusammenfassung der verschiedenen Erzeugungsstätten zu „gemischten“ Betrieben wird in den nächsten fünf Jahren bedeutende Fortschritte machen, gerade so, als ob der Stahlwerksverband überhaupt nicht erneuert worden wäre. Das Ergebnis der diesjährigen Verhandlungen ist nur eine scheinbare Aufrechterhaltung des vor acht Jahren mit so viel Begeisterung aufgenommenen Synbifikatsgedankens. Eine solche unentschlossene Wirtschaftspolitik muß aber angesichts des scharfen Wettbewerbs des amerikanischen und englischen Eisengroßgewerbes schließlich zu einer schweren Schädigung unseres Wirtschaftsliebens führen.“

Welche Wirkung diese Entwicklung der Unternehmensformen auf die Lage der Metallarbeiter ausüben wird, ist nicht so ohne weiteres vorauszusagen. Ohne Zweifel steht aber fest, daß selbst die größten Kapitalmassen den Aufstieg der Arbeiterschaft nicht hindern können, wenn sich die Arbeitskollegen zählos organisieren und Opferwilligkeit, Solidarität und gewerkschaftliche Disziplin an den Tag legen. Gegen die Montanviesen ist mit sozialdemokratischer Phrasologie und unüberlegten Putzschüssen nichts auszurichten, sondern da heißt es gewerkschaftliche Arbeit leisten von der Biste auf. Alle Berufscollegen laden wir ein, an diesem Ziel mitzuarbeiten, dann wird auch die Durchsetzung der Arbeiterwünsche gelingen.

Ein internationales Aluminium-Synbifikat. Aus Paris wird gemeldet, daß die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen wegen Wiederaufrichtung des im Oktober 1909 aufgelösten Internationalen Aluminium-Synbifikats endgültig zum Abschluß gekommen sind. Dem neuen Synbikat, das sofort in Wirksamkeit tritt, gehören sämtliche in Europa in Betracht kommenden Aluminium-Hersteller an, nämlich die französischen, schweizerischen, englischen und amerikanisch-kanadischen. Die Teilung im Absatz erfolgt im Verhältnis zu den für die einzelnen Werke festgelegten Erzeugungsziffern auf Grund des wirklichen Absatzes innerhalb einer bestimmten Zeit. Die jeweilige Preisfestsetzung geschieht nach gemeinsamer Aussprache. Als Preisgrundlage wurden 1400 M. (70 Pfd. Sterling), bestimmt mit der Maßnahme, daß für das nächste Jahr noch nicht verkauft werden soll. Die Dauer des Synbifikats erstreckt sich auf eine längere Reihe von Jahren.

Aus der Metallindustrie. Die Maschinenfabrik Grebenbroich erzielte einen Reingewinn von 279 000 M. Davon sollen die Aktionäre 120 000 M. oder 6% Dividende erhalten, für Gewinnanteile (Aussichtsrat etc.) sollen 23 000 M. gegen 11 000 M. im Vorjahre verwendet werden. — Der Metallhütte A. G. in Duisburg erbrachte das Jahr 1911 einen Rohgewinn von 999 398 Mark; nach den Abschreibungen etc. verbleibt ein Reingewinn von 428 000 Mark. Dividende werden 180 000 M. gleich 6% ausgeschüttet. — Die chemische Fabrik und Zinkhütte Goldschmidt in Essen erzielt nach dem Geschäftsbericht einen Rohgewinn von 3,86 Mill. Mark. Die Unkosten erforderten 1,84 Mill. M., Zinsen 151 000 Mark. Die Abschreibungen wurden auf 542 900 M. festgesetzt. Der Reingewinn beträgt 1 320 307 M., welcher folgendermaßen verteilt wird: 12% Dividende auf 7 000 000 M. eingezahltes Kapital = 840 000 M., 6% Dividende auf 3 000 000 M. nicht eingezahltes Kapital = 180 000 M., zur Sonderrücklage 150 000 M., zur Rücklage für Lohnsteuer 10 000 M., Gewinnanteil des Aufsichtsrats 39 064 M., Johann 54 540 M., besondere Abschreibung auf neue Bauten usw. und 46 703 M. Vortrag auf neue Rechnung. Das ist wirklich ein Geschäft, die Aktionäre erhalten 180 000 M. Rente geschenkt, und die Arbeiter...? einen gelben Kerker. Ja, jeder eine bekommt, was ihm zusteht, oder auch nicht wie Figura zeigt.

Die christlichen Gewerkschaften Belgiens marschieren. Das zeigten die jüngst getätigten Wahlen zu den belgischen Arbeitertribunalen. Für Groß-Brüssel betragen 4 solcher Schiedsgerichte. Die christlichen Gewerkschaften haben hier 10 000 Stimmen gegenüber 28 000 sozialdemokratischen Stimmen erhalten. Es war das erste Mal, daß die christlichen Verbände in Brüssel den Kampf gegen die Sozialdemokratie nachdrücklich aufnahmen. Ihre gewerkschaftliche Organisation besteht erst einige Jahre und ist noch nicht völlig ausgebaut. Unsere belgischen Kollegen sind von diesem Resultat sehr befriedigt, hat doch das bekannte sozialistische Hauptorgan „Le Peuple“ vor den Wahlen behauptet, daß sie nur einige Tausend Stimmen erhalten würden. Die christlichen Gewerkschaften weisen ferner darauf hin, daß ihnen die Wählerlisten viel zu spät zugestellt wurden, um die nötigen Klärtätigkeiten veranlassen zu können und daß mit der Herstellung der Listen Kammer betraut wurden, die sehr stark unter sozialistischem Einfluß stehen. Der Vorsitzende des belgischen christlichen Transportarbeiterverbandes erklärte, daß 80 Prozent der Mitglieder seines Verbandes nicht in die Wählerlisten eingetragen waren! Selbst in der Stadt Gent, die als eine der Hochburgen

des belgischen Sozialismus gilt, und wo dieser sehr gut organisierte Genossenschaften besitzt, haben die christlichen Arbeiter 11 599 Stimmen erhalten, fast ebensoviele wie die Sozialdemokratie, die 12 014 Stimmen erhielt. In Antwerpen erhielten die Christlichen 12 367 Stimmen, die Sozialdemokraten 16 186 Stimmen. In Namur, wo die christlichen Arbeiter sich erst spät für den Kampf organisiert haben, haben sie 33 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten hatten geglaubt, daß die Christlichen so wenig Stimmen erhalten würden, daß sie überhaupt keinen Sitz im Schiedsgericht erhalten würden. Sie haben sich getäuscht. Zu bemerken ist, daß die Wahlen nach dem Proportionalwahlssystem stattfanden.

Die Hinterbliebenen-Versicherung der Reichsversicherungsordnung ist mit dem 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Sie kommt den Hinterbliebenen sämtlicher Personen zugute, die auf Grund der Versicherungspflicht der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherung unterstehen. Die Fürsorge bezieht sich nur auf die Hinterbliebenen solcher Personen, die nach dem Inkrafttreten der Versicherung, also nach dem 1. Januar 1912, verstorben sind. War der Verstorbene Invalidenrentenempfänger, so haben seine Hinterbliebenen nur dann Anspruch, wenn die Invalidität nach diesem Tage eingetreten ist. Weitere Voraussetzung für die Gewährung der Hinterbliebenenbezüge ist, daß der Verstorbene die Wartzeit für die Invalidenrente zurückgelegt und seine Anwartschaft zurzeit des Todes aufrechterhalten hat. Die Hinterbliebenenfürsorge des vierten Buches der RVO geht nicht so weit wie die Versorgung, welche die Unfallversicherung den Hinterbliebenen der durch einen Unfall getöteten Arbeiter gewährt. Bei letzterer kommt in Betracht, daß die Fürsorge als eine Entschädigung für den Schaden aus einem besonderen Betriebsereignis gewährt wird; hier dagegen soll der Frau und den Kindern nur eine Beihilfe im Witwen- und Waisenstande gesichert werden. Eine gewisse Beschränkung ist schon wegen der Höhe der finanziellen Belastung durch die neue Versicherung geboten. Dieser Umstand gebietet insbesondere die Beschränkung der Fürsorge auf die erwerbsunfähige Witwe. Für die erwerbsfähige kinderlose Witwe, die mindestens im gleichen Umfange tätig sein kann wie die kinderlose ledige Frau, erkennt die Reichsversicherungsordnung ein unbedingtes Fürsorgebedürfnis nicht an. Beim Vorhandensein von Kindern wird während ihres fürsorgebedürftigen Alters für diese die Waisenrente gewährt.

Bestrafte Beleidiger. Im vorigen Winter wurde der Redakteur Reumann der Essener Arbeiterzeitung wegen schwerer Beleidigung der christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstag ankläßig, der Reichsversicherungsordnung in drei Prozessen zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die „Rheinische Volkszeitung“ brachte einen Bericht über die Gerichtsverhandlungen und war dreißig genug, dieselben und ähnliche Beleidigungen gegen die christlichen Arbeiterführer zu wiederholen. Dafür wurde der verantwortliche Redakteur der Rheinischen Volkszeitung, Franz Feustel, am 26. April vom Greizer Schöffengericht zu 60 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. — Der verantwortliche Redakteur R. Schmidt des „Frankfurter Volksfreund“ wurde wegen Beleidigung des christlichen Gewerkschaftssekretärs Eidmann zu 50 Mark Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Schmidt hatte unwahre und ehrenrührige Behauptungen des früheren christlichen Gewerkschaftssekretärs Wolf in seinem Blatte weiterverbreitet. Wegen der gleichen Sache sind auch mehrere andere sozialdemokratische Redakteure gerichtlich verurteilt worden.

Von der Großherzoglich badischen Sozialdemokratie. Anlässlich der Debatten über den verachteten Pforsheimer Metallarbeiterstreik im badischen Landtag führte der sozialdemokratische Abgeordnete Ged das dem sozialdemokratischen „Volksfreund“, Karlsruhe und der Pforsheimer Freien Presse (Nr. 92) der badischen Regierung gegenüber folgendes aus: „Die Regierung hat sich beim Pforsheimer Streik als williges Organ des Unternehmertums betätigt, als ein Organ des Klassenhaates.“

Das ist der Dank der „großartigen“ Bewegung dafür, daß sich die badische Regierung ernstlich bemühte, trotz der unfinnigen Maßnahmen der sozialdemokratischen Streikleitung einen für die Arbeiterschaft günstigen Abschluß des Kampfes zu erzielen. — Dann aber sagte Herr Ged weiter:

„Dieser Streik hat Tausenden von Arbeitern die Augen geöffnet und sie zu bewußten Klassenkämpfern gemacht.“ (Bavro bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausführungen Ged's und die Zustimmung seiner badischen Fraktionskollegen lassen keinen Zweifel daran, daß man in den „führenden“ Kreisen der Sozialdemokratie mit diesem „Erfolg“ des schmachträchtigen verlorenen Kampfes wohl zufrieden ist. Deswegen mußten also 25 000 Goldschmiede in einen von vornherein aussichtslosen Kampf getrieben werden. Das ist das schon öffentlich ausgesprochene verbrecherische Prinzip: Wenn der Streik auch verloren geht, die Partei hat doch gesiegt.

Gegen den Masseninstinkt als den „sicheren Leitstern der proletarischen Politik“, wie ihn die sozialdemokratischen Agitatoren zwecks Umschneidung der Massen zu preisen pflegen, wendet sich „Genosse“ Kautsky in der parteioffiziellen Wochenchrift, die „Neue Zeit“ (Nr. 30). Er schreibt da:

„Wohl hat jede Klasse ihre besonderen Interessen, und die einzelnen werden sich der Gemeinsamkeit ihrer Interessen nur bewußt, wo sie als Masse zusammentreten. Aber der Instinkt der Klassenolidarität und des Klassenkampfes, der sich aus den Lebensverhältnissen der Massen ergibt, sagt ihnen gar nichts über die beste Art, wie sie ihre Interessen zu vertreten hätten. Das heißt es heute oft, den Instinkt der proletarischen Massen zu preisen und ihn als sicheren Leitstern der proletarischen Politik zu bezeichnen. Wäre er das wirklich, wo zu dann die ganze Arbeit der Wissenschaft? Und was dann, wenn verschiedene Massen von Proletariern verschiedene Instinkte entwickeln? Ist der Instinkt der Massen untrüglich auch dort, wo er christlich oder liberal ist? Wo er Forderungen und Forderungen vollbringt? Wo er die Niederwerfung der Buren fordert oder den Zug nach Tripolis?“

Diese Abweisung hindert aber der „Genossen“ Kautsky nicht gelegentlich selbst an den Masseninstinkt zu appellieren — besonders, wenn er das den revisionistischen Gewerkschafts-führern gegenüber für notwendig hält. Man sieht, es geht doch nichts über sozialdemokratische „Konsequenz“ — in Gänsefüßchen.

Nicht zum Aushalten ist in der Partei der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für Leute, die ihre ehrliche Ueberzeugung öffentlich auszusprechen wagen. So ist neuer-



sings wieder einer der ersten Führer der italienischen Sozialdemokratie, „Genosse“ Enrico Ferri, aus der roten Partei auszutreten. Warum? In dem Schreiben, in dem Ferri der römischen Parteifektion seinen Entschluß mitteilt, sagt er, daß er dies tue aus Protest gegen die fanatische und persönliche Kampfmethode der leitenden Parteiorgane. Diese Worte richteten sich in der Hauptsache gegen das Verhalten des Hauptblattes der italienischen Sozialdemokraten, des „Avanti“, der Ferri in sehr gehässiger Weise angegriffen hat. Uebrigens schwebte gegen Ferri schon ein Ausschlußverfahren, welches sicher mit seiner Ausstoßung geendet hätte. Er hatte betänlich mit einigen anderen sozialdemokratischen Abgeordneten der italienischen Kammer den Feldzug gegen die Türkei und die Annexion von Tripolis und Chrenatica zu italienischen Kolonialzwecken gebilligt. Ferri galt schon lange als Führer des revisionistischen Flügels der italienischen Sozialdemokratie.

Ferri geht — und sein deutscher Leidens„Genosse“ Gerhard Hildebrand wurde gegangen. In der Sozialdemokratie ist eben kein Raum für Männer, die selbständig zu denken wagen.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Düsseldorf.** In der Gießerei, Abteilung Kesselbau, der Firma Balke, Telling & Co. zu Hilben wurden den beschäftigten Schloßern und Klempnern Affordabzüge angekündigt, die durchgeführt die Arbeiterschaft schwer schädigen werden. Die Grundlöhne betragen 3,30 M. bis 4,50 M. für gelernte Arbeiter, die fast sämtlich verheiratet sind. Ohne angemessenen Affordabzug war es bis jetzt unmöglich, einen auskömmlichen Verdienst zu erreichen. Jetzt sind Abzüge von 5.— M. bis 10.— M. auf den einzelnen Kessel der Arbeiterschaft durch Anschlag zur Kenntnis gebracht. Sollten die Differenzen auf dem Verhandlungswege nicht beigelegt werden, so dürfte es in dieser Abteilung des Werkes zum Kampfe kommen. Wir ersuchen deshalb, jeden Bezug von Schloßern und Klempnern nach Hilben fernzuhalten.

Bei der Firma Poensgen in Rath wird das im § 105 der Gewerbeordnung festgesetzte Recht des Arbeiters, die Festsetzung der Arbeitsverhältnisse ist Gegenstand freier Uebereinkunft, nicht gewahrt. So wollte diese Firma einen Schmied zwingen, ohne Zuschläge unter einem kleinen Lufthammer der einen Hub von 180 Millimeter hat und 200 Touren pro Minute macht, naturharte Drehstäbe von 30—45 Millimeter Quadrat zum Preise von 30 Pfg. von der Stange zu schmieden. Der Schmied ist ohne Einhaltung der 14tägigen Andingungsfrist wegen „Arbeitsverweigerung“ entlassen worden, da er erklärt hatte, ohne die Garantie seines Stundenlohnes den Afford für diesen Preis nicht annehmen zu können. Der Kollege hat 7 Kinder und ist Mitglied unseres Verbandes. Diese willkürliche Festsetzung der Affordpreise ist im ganzen Werke üblich, daher wurde seitens der Arbeiterschaft die Sperre über das ganze Werk verhängt. Bezug ist daher streng fernzuhalten.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

**Düsseldorf.** Ueber die Formerei der Armaturen- und Maschinenfabrik Schwilke in Düsseldorf-Wilfenbroich ist die Sperre verhängt.

**Siegen.** Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkeret in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Frier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofenstraße 12 zu melden.

**Gevelsberg.** Bei der Firma Wiltz Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

**Frankfurt a. M.** In den hiesigen Adlerwerken, ferner bei den Firmen Mayfarth u. Co., Fries u. Sohn, Vorkorny und Wittelnd stehen die Arbeiter im Streik. 60% der Arbeiter in den Metallbetrieben sind ausgesperrt. Bezug ist fernzuhalten.

**Düsseldorf-Gerresheim.** In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streik.

**Pagen.** Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Zehrerichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streik.

**Nachen.** Die hiesigen Formere und Gießereiarbeiter stehen im Streik.

**Düsseldorf-Grevenbroich.** Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebssperre verhängt.

**Hannover.** In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zureisende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Büro, Kanonenwall 16, zu melden.

**Werdohl.** Ueber die Firma J. W. Dunler ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen im Streik.

**Düsseldorf.** Ueber die Maschinenfabrik Malmelie ist die Sperre verhängt.

**Welbert.** Die Formere der Firma Tillmanns und Reilner haben die Kündigung eingereicht.

**Düsseldorf-Hilben.** Die Gießerei, Abteilung Kesselbau der Firma Balke, Telling u. Co. ist für Schloßer und Klempner gesperrt.

**Düsseldorf-Rath.** Bei der Firma Poensgen sind Differenzen ausgebrochen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

**Bedum.** Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Bezug von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

**Rhein.** Ueber die Metall- und Lackwarenfabrik M. Weßermann u. Co. ist die Sperre verhängt.

**Bezug ist fernzuhalten.**

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. Mai 1912 der zwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Mai 1912 fällig.

Die Ortsverwaltung Hedderheim erhält ab 20. Beitragswoche l. J. die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 15 Pfg. Die Nichtbezahlung dieses Beitrags hat den Verlust statutarischer Rechte zu Folge.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Düsseldorf.** Bei der Firma Gebr. Poensgen-Rath klagen die Kollegen über eine große Anzahl Mißstände. Zur Klärung der Angelegenheit fand eine Betriebsversammlung statt, die sich in eingehender Weise mit den Verhältnissen des Werkes beschäftigte. Seit der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit im vorigen Sommer ist eine 57stündige Arbeitszeit, jedoch kein Ausgleich für Affordarbeit und keine Zuschläge für Ueberzeitarbeit für die Affordarbeiter eingeführt. Die Firma behauptet, sämtliche Afforde seien ausreichend, hat außerdem durch die Meister auf Ehrenwort erklären lassen, Abzüge erfolgten nicht. Die Kolonnenführer haben darauf den in ihrer Kolonne Beschäftigten die geforderten Prozente für Ueberzeitarbeit zugesichert. Die Arbeiterschaft erklärte sich damals hiermit einverstanden, muß jedoch heute feststellen, daß die Versprechungen nicht gehalten wurden. Die jetzige Regelung der Prozente für Ueberarbeit ist gleichbedeutend mit: „es gibt keine Prozente für den Affordarbeiter!“ Außerdem findet ein beständiger Kauf der Kolonnenführer um den Affordpreis statt. Offen erklären heute die Meister, daß die Verpfändung des Ehrenwortes „Mumps!“ sei. Dann fordert die Firma sämtliche Affordarten bei einer Strafe von 50 Pfg. sofort nach Fertigstellung zurück, trotzdem ist Preise von 10—30 Pfg. vorhanden sind. Also eine größere Strafe, als der Wert der Arbeit ausmacht. Größere Afforde werden derartig kalkuliert, daß man den angestellten Kalkulatoren ruhig aravaten kann, sich ihr Lehrgeld wiedergeben zu lassen. Kalkuliert wird beispielsweise eine Arbeit auf 60 Mark; in der Ausführung kommt sie dann auf 150 Mark, teilweise noch höher. Dieser Betrag muß hinzugezählt werden, damit der Lohn erreicht wird. Alle diese Mißstände wurden seitens der Arbeiterschaft zur Sprache gebracht. In der Ueberstundenfrage wurde seitens der Arbeiterschaft erklärt, die zugestandenen Ueberstunden in dieser Woche zu leisten, jedoch jede weitere Ueberstunde zu verweigern, wo seitens der Firma nicht ein Zuschlag von 25% bezahlt würde. In den Kolonnen soll durchgeführt werden, daß die einzelnen Affordpreise zur Kenntnis aller Arbeiter der betr. Kolonne gelangen. Die Behandlung seitens einzelner Vorgesetzter wurde besonders gerügt. Ein Herr B... der das Kartensystem registriert, dürfte sich besonders im „Umgang mit Menschen“ geübt haben. In dem bekannten Werke „Snigge“ sind eine Anzahl guter Ratschläge vorhanden, die die Arbeiter dem Herrn zum Studium empfehlen. Auch steht ihm nicht das Recht auf Bestrafung zu. Den Vorarbeiten wurde geraten, beim „Preise machen“ nicht für sich allzu sehr besorgt zu sein, sondern auch ihrer Mitarbeiter zu gedenken, dann finden die Firma wohl weniger Grund zur Preisreduzierung. Mit aller Entschiedenheit wurde betont, daß kein Arbeiter Vertrauen zu dem von der Firma „ernannten“ Arbeiterauschuß hat. Mögen sich die jetzigen Inhaber dieses Amtes diese Stimmung merken und niemals wieder ein derartiges Amt aus den Händen der Arbeitgeber annehmen.

Am Samstag den 27. April wurde unser Kollege Schmied S. sofort entlassen. Er hatte in obiger Versammlung in durchaus sachlicher Art alle diese Mißstände gekennzeichnet. Auf ihn wurde der ganze Groll der Firma abgeladen, indem ihm von „oben“ Preise für das Schmieden der naturharten Stähle angeboten wurden, die nicht zu verstehen sind. Erwähnt werden muß, daß die Firma seit einigen Wochen einen neuen Lufthammer angelegt hat, der einen Hub von 180 Millimeter hat und 200 Touren pro Minute macht. Der Schmied hatte sich nun mit dem Meister geeinigt, den neuen Stahl von der Stange für 0,80 M. mit dem Hammer herzustellen. Bisher gab es 1,20 M. hierfür. Die Betriebsleitung forderte nun die Herstellung des Stahles von der Stange für 30 Pfennig. Herr Betriebsleiter Bart wollte mit Worten selbst den Beweis erbringen, daß ohne Zuschläge ein naturharter Stahl von der Stange ab zum Preise von 30 Pfennig herzustellen ist. An die Arbeit hat er sich jedoch nicht begeben, sondern gefordert, daß der Schmied sich erklären solle, ob er die Arbeit zu diesem Preis machen wolle. Der Drehermeister erklärte ein solches Anerbieten für eine nicht durchzuführende Unmöglichkeit. Der Arbeiterauschuß schützte Unkenntnis vor; nur einer, der hinzukam, glaubte, wenn der Stahl nur zweimal warm gemacht, der Preis von 30 Pfg. genügen würde. Der Schmied erklärte dem Meister Pandorf gegenüber seine Bereitwilligkeit, am Montagmorgen den Versuch zu machen. Meister und Auschuß erklärten sich einverstanden; nur die obere Leitung forderte, weil die Entlassung bereits bestimmt war, eine klare Erklärung dem Schmiedes, ob er die Arbeit für diesen Preis machen wolle. Der Schmied antwortete, dies könne er nicht, da er durch seine Arbeit sein Brot verdienen müsse. Hierauf erklärte der Meister, daß er nicht mehr weiter arbeiten dürfe. Auf eine erneute Frage des Schmiedes, ob er denn entlassen sei, antwortete der Meister: „Ja, ich darf sie nicht arbeiten lassen.“

Am Montagmorgen durfte der Schmied die Werkräume nicht mehr betreten. Bei der Empfangnahme seiner Papiere sollte von ihm ein vorgegedrucktes Formular unterschrieben werden, das besagt, „weitere Ansprüche werden nicht an die Firma gestellt“. Diese Unterschrift wurde selbstverständlich verweigert. „Ohne diese Unterschrift darf ich Ihnen kein Geld auszahlen“, erklärte der Beamte und zog auch den verdienten Lohn wieder zurück. Ein Zeugnis über Führung und Leistung auszufüllen, wurde gleichfalls verweigert. Der Schmied wurde zum Firmeninhaber gerufen. „Sie haben die Arbeit verweigert und sind zu Recht entlassen. Wir haben uns erkundigt und sind im Recht.“ Das waren dessen erste Ausführungen. Nach erfolgter Belehrung müssen dem Herrn denn doch Bedenken aller Art gekommen sein, denn er erklärte: „Sind Sie bereit, eine Woche lang die Stähle für den Preis zu machen, dann können Sie noch eine Woche arbeiten.“ „Tawohl“, antwortete der Schmied, wenn Sie mir meinen Lohn garantieren; denn ich arbeite, um zu leben.“ „Nein, das tue ich nicht, ich garantiere gar nichts, Sie können mehr verdienen, der Preis ist gut.“ antwortete der sonst unsichtbare Herr Poensgen, und die Unterredung war erledigt.

Wir empfehlen dem Herrn zwei sehr wichtige Bestimmungen der Gewerbeordnung zur gefälligen Durchsicht: § 106. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbebetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkung, Gegenstand freier Uebereinkunft. — § 113. Beim Abgange können die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führungen und ihre Leistungen auszubehnden.“ Da man hiergegen wiederholt verstoßen, außerdem den verdienten Lohn nicht ohne Unterschrift ausshändigen wollte, dabei aber rücksichtslos einen Familienvater mit sieben Kindern auf die Strafe wirft, so dürfte das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sein. Wir glauben, das hiesige Gewerbegericht wird anders urteilen und den Arbeitgeber belehren, daß auch der Arbeiter seine Rechte aus dem Arbeitsvertrage beanspruchen kann.

**Hedderheim.** Am Sonntag den 28. April fand in unserer Bahnhalle eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Hauptgrund dieser Versammlung war die Beitragserhöhung und die Verschmelzung der Bahnhalle mit Frankfurt a. M. Nach einem Referat dem Kollegen Hains wurde alsdann bestimmt, den Beitrag von der 20. Woche ab auf 80 Pfg. zu erhöhen. Sämtliche Kollegen stimmten dafür, daß ab 12. Mai dieser erhöhte Beitrag erhoben wird. Für die Verschmelzung mit Frankfurt wurde bestimmt, daß noch einmal eine Versammlung stattfinden soll, in welcher dieser Punkt eigens besprochen wird. Das Referat von Kollege Hains über den gegenwärtigen Streik fand allgemeinen Beifall. Die Kollegen versprachen einstimmig, die größte Disziplin während dieses Streikes und der bevorstehenden Aussperrung zu halten.

Kollegen von Hedderheim! In euch liegt es nun, die guten Ermahnungen in die Tat umzusetzen. Sorgt aber auch stets für einen ferneren regen Besuch der Versammlungen.

**Werdohl.** Im märkischen Sauerlande, im schönen Lennetal, will der rote Metallarbeiterverband keine rechten Fortschritte machen. Die Verwaltungsstelle Plethenberg, die für das Lennetalgebiet in Frage kommt, will trotz der Leitung des „tätigen“ Führers J. Kurth immer nicht vorwärts kommen. Hat sie sich doch im vergangenen Jahre um beinahe 100 Mitglieder zurückentwickelt. Der Sache mußte unbedingt abgeholfen werden. Der „geniale“ Führer fällt auf den naheliegenden Gewerkschaften der Ortsverwaltung Werdohl des christlichen Metallarbeiterverbandes Mitglieder wegzuholen. Im nahen Ebeling sind nun bei den Christlichen einige Ausländer organisiert. Bei diesen muß angefragt werden, denkt Herr Kurth. Dort trifft er nun in einer Wirtschaft einen christlich organisierten Ausländer an, der nur gebrochen deutsch reden konnte. Kurth läßt sich herbei, mit diesem ausländischen Kollegen ein Gespräch anzuknüpfen und erfährt, daß der Kollege im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist. Er läßt sich das Mitgliedsbuch vorzeigen. Gelassen steckt er dasselbe dann in die Tasche mit dem Bemerkten, er wolle ihm ein neues Buch zustellen. Dem Kollegen kommt die ganze Geschichte etwas verdächtig vor; er geht sofort zu seinem Vertrauensmann und erzählt, was vorgefallen ist. Der Vertrauensmann beruhigt den aufgeregten Ausländer und macht dem Vorsitzenden der Ortsgruppe sofort sofort Mitteilung von dieser schönen Agitationsweise. Der richtet an den famosen Agitator folgende Postkarte:

„Wie mir der Sektionsführer der Sektion Ebeling des christlichen Metallarbeiterverbandes mitteilt, hast Du am Sonntag den 10. d. M. in der Wirtschaft Wölfe-Ebeling dem in unserm Verbands organisierten Kollege sein Mitgliedsbuch abgefordert, dasselbe sodann in die Tasche gesteckt mit dem Bemerkten, ihm ein neues auszustellen. Ich möchte Dir dringen, die Adresse wieder zurückzusenden. Ueber diese Sache werden wir uns noch persönlich aussprechen.“

Prompt kommt am 14. März die Antwort von Plethenberg, in welcher natürlich die Sache umgekehrt dargestellt wird. Der Brief lautete wie folgt:

„Antwortlich der mir zugehenden Karte diene folgendes zur Kenntnis. Dem bisher in unserem Verbands organisierten Mitgliede Koschid, habe ich kein Mitgliedsbuch abgefordert, sondern ist derselbe freiwillig zu mir gekommen und hat erklärt er wolle übertreten. Ich konnte umsonst dem Mann ein Buch abfordern, als derselbe mir doch nicht bekannt war und ich doch nicht wissen konnte ob er organisiert war oder nicht. Ich habe aber Koschid wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er Mitglied des Chr. Metallarbeiterverbandes sei und es mir fern läge ihn zu betreiben oder, zu beeinflussen zu uns überzutreten er müsse dies selbst wissen. Es haben hierbei eine Anzahl Kollegen bei gestanden und habe ich zu den Betreffenden gesagt, Ich mache den Mann ausdrücklich darauf aufmerksam, damit mir der Vorwurf einer unlauteren Agitation nicht gemacht werden kann. Trotz wiederholtem Hinweis das er organisiert sei, erklärte Koschid, er wolle übertreten. Darauf habe ich das Buch mitgenommen. Jede andere Darstellung ist eine gemeine Lüge. Sollte Koschid jetzt nicht mehr gefunden sein überzutreten, so mag er sich an mich wenden, ich werde ihm dann sein Buch zurückstatten. Was den Ton der mir zugehenden Karte anbetrifft, so kann man denselben als echt christlich bezeichnen und werde ich in Zukunft ein solches Verzeichnis nicht mehr beantworten. Auf jede weitere Auseinandersetzung schriftlich wie persönlich verzichte ich, da ich keine Veranlassung und auch keine Lust habe, mit einem Manne der ohne jeden Grund eine derartige Anrempelung auf einer Karte sich mir gegenüber für richtig erachtet, mich noch weiter über diesen Fall zu unterhalten.“

J. Kurth.

Hums! Da haben wir den Salat! Daß die „dreimal verfl.“ Christen“ auch immer hinter solche Sachen kommen. — Doch von Werdohl bekam der rote Agitator schon eine Antwort. Der Brief lautete folgendermaßen:

„In Erwiderung auf Dein Schreiben vom 14. d. Mts. mache ich Dir die Mitteilung, daß meine Darstellung in Sachen Mitgliedsbuch Koschid nicht auf einer „gemeinen Lüge“, sondern nach von mir selbst eingeholten genauen Informationen und Rücksprache mit dem Kollegen Koschid auf Tatsachen beruht. Ich möchte Dich hiermit zum letzten Male anfordern, auch im Anfrage des Koll. Koschid, der als Ungar der deutschen Sprache nicht ganz mächtig ist, mir das Mitgliedsbuch zurückzusenden. Interessant wäre es mir, zu erfahren, in welcher Sprache der p. Koschid zu Dir gesagt haben soll (— polnisch oder ungarisch, diese beiden Sprachen beherrscht der Kollege ganz, während er die deutsche Sprache nur gebrochen spricht. —), er wolle zu Deinem Verbands übertreten. Deine sonstigen Phrasen wie „echt christlich“ usw. lassen mich völlig kalt. Sende das Buch an mich zurück und wir können dann den Briefwechsel, der Dir ja anscheinend nicht behagt, abbrechen.“

Nach Ablauf von einigen Tagen hatte sich Freund Kurth soweit besonnen, daß er das Mitgliedsbuch ohne Sang und



lang nach Verbohl zurückkam. Mit dieser schönen Agitation war es nun diesmal nichts geworden. Schade für die darauf verwandte Arbeit, nicht wahr? Freund Kurt. In einer zweiten Auflage wird ihm wohl die Luft vergangen sein. Für unsere Kollegen muß sich solche Agitation der roten Führer erst recht ein Nisboren sein, für die Stärkung unseres Verbandes mit allen Kräften Sorge zu tragen. Nicht rufen noch rufen wollen wir, bis auch der letzte zu uns gehörige Metallarbeiter den Weg gefunden hat in seine Berufsorganisation, in den christlichen Metallarbeiterverband.

**Süßel.** Unter Verband muß den „freien“ Gewerkschaftlern ein gewaltiger Dorn im Auge sein. Haben die Herrschaften doch hier wieder einen Kollegen von uns aus der Arbeitsstelle hinausgedrückt. Psst! über eine solche Tat. Und so was nennt diese seine Terrororganisation dann Freiheit. „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein!“

**Walsheide.** Vor einiger Zeit hatte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier eine öffentliche Versammlung abgehalten, welche sich mit dem Ruhrbergarbeiterstreik befaßte. In derselben sollten die christlichen „Streikbrecherorganisationen“ in „Kalkultur“ (wie es in den Einladungen heißt) gezeigt werden. Trotz allem Amtsan, Einladungen und Flugblättern waren ganze 18 Männchen erschienen. Der Referent Bönz aus Völsberg, Beamter des roten Metallarbeiterverbandes, machte sich im Schwabe seines Angesichts ab, seinen Getreuen die Christlichen in „Kalkultur“ zu zeigen. Er redete über alles mögliche, aber wenig vom Bergarbeiterstreik. Der Redner, den er seinen Getreuen zerrückte, zeigte, neck' Geistes Kind Herr Bönz ist. Der Papst, die Bischöfe, der Petruspfennig, die Reichstagswahl, das Zentrum mußten herhalten, um den angeblichen „Arbeitererrat“ der Christlichen zu beweisen. Alles abgehandelte Ladenaufhänger der Dudenagitatoren vom Schläge der Bönz und Genossen. Der „Glanzpunkt“ seiner Beweisführung war: „Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter durfte nicht streiken, weil er kein Geld hat; denn derselbe hat sein ganzes Verbandsvermögen in einem Kalibergwerk angelegt.“ Wer laßt da?

Um der breiten Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich ein richtiges Urteil über den Bergarbeiterstreik und den Arbeitererrat des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zu bilden, hielten wir gleichfalls in Walsheide am 28. April eine öffentliche Versammlung ab. Das Thema lautete: „Der Streik der Ruhrbergleute, Ursache, Verlauf und Wirkung“. Das Referat hatte Kollege Meringer aus Gladbeck übernommen. Ueber 150 Personen waren erschienen, darunter auch Herr Bönz mit 25 seiner Getreuen. Kollege Schöffler aus Warden eröffnete um 11 Uhr die Versammlung und wies auf den Zweck derselben hin. Herr Bönz meldete sich zur Geschäftsordnung und fragte an, ob ihm unbeschränkte Redezeit gewährt würde. Der Vorsitzende erklärte, daß er als erster Diskussionsredner ebenso lange sprechen dürfe wie der Referent. In 1 1/2 Stunden glänzender, von stürmischem Beifall begleiteter Rede zeigte Kollege Meringer, wie in Wirklichkeit die Arbeiterinteressen vertreten und wer sie vertreten hat. Jagelnd präsentierte die Schläge auf die anwesenden Genossen, und daß sie sahen, bewies ihr Zutagehören; sie betrugten sich so, daß der Vorsitzende sich genötigt sah, auf sein Hausrecht aufmerksam zu machen. Unter dem brausendem Beifall der Anwesenden schloß Kollege Meringer seine Rede mit der Aufforderung zum Beitritt und zur Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung da nur eine starke christliche Bewegung in der Lage sei, dem Großmachtsdrängel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung ein Paroli zu bieten und etwas Ersprießliches für die deutschen Arbeiter zu erzielen.

Nun kam der „Clou“ des Tages. Herr Bönz erhielt das Wort. Einen ganzen Arm voll Material schleppte er zur „Beweisführung“ ans Rednerpult. Aber wie sah die Beweisführung aus! Fragt mich nur nicht wie. — Wohl selten hat ein geistiger „dummer August“ im Zirkus die Lachmuskeln seiner Zuhörer so in Bewegung gesetzt, wie Herr Bönz durch seine konfuse Ausführungen. Wiederum redet er über alles mögliche, aber wenig zum eigentlichen Thema, sodaß der Vorsitzende ihn wiederholt ermahnen mußte, zur Sache zu sprechen. Was Bönz an Ausprüchen und Zitaten inscherte, um den christlichen Arbeitererrat zu beweisen, bewies nur das gerade Gegenteil. Aber „Genosse“ Bönz in seiner „Intelligenz“ merkte das nicht einmal. Wenn er durch einen Zuruf angefordert wurde, den Beweis für seine Behauptungen zu bringen, dann kramte er eine Zeitung in nervöser Hast in seinen „Ärten“, ohne den „Beweis“ zu finden und erklärte dann, „ich komme nachher darauf zurück.“ Er ist allerdings nicht mehr darauf zurückgekommen, sondern hat sich nachher bedankt. Zum Kronzeugen dafür, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften die wahren Vertreter der Arbeiter sind, rief er die „Welberter Fabrikanten“ auf. Mit Pathos erklärte er: „Gehen sie hin zu den Welberter Fabrikanten, da können sie hören, wer die Interessen der Arbeiter vertritt.“ Der Direktor des Eisenwerks „Krone“ hat mir selbst erklärt, trotzdem er drei unserer Kollegen entlassen mußte, daß nur die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in ihrem Fache etwas leisten könnten.“ Bei uns sind nur die intelligentesten Arbeiter zu finden, erklärte Bönz dann im Brusttone der Ueberzeugung. Nun, vielleicht sieht Herr Bönz die angesehensten Prospekte für die größten Intelligenzen an. Dafür spricht wenigstens die groteske Schwärzmerkung seines Sermons: „Für den christlichen Metallarbeiterverband sei in Welbert und Umgegend nichts zu machen.“

Kollege Schöffler nahm nunmehr das Wort und zeigte den Anwesenden Herrn Bönz in „Kalkultur“. Unter dem brausendem Beifall der Versammlung erklärte er, daß wohl noch nie ein Gewerkschaftsführer in einer öffentlichen Versammlung seine Gewerkschaftsbewegung so kompromittiert habe, als Herr Bönz durch seine „Beweisführung“. Er bedauerte nur die irreführenden Arbeiter, die sich von solchen Dingen auf eine „höhere geistige Stufe“, „höheren“ lassen wollen. Für „geistige Größen“ dieses Kalibers sei in der christlichen Gewerkschaftsbewegung kein Platz. Diese Ausführungen waren Herrn Bönz sehr unangenehm und als Kollege Schöffler eine Reitation verlas, in welcher das arbeiterverräterische Treiben des sozialdemokratischen Verbandes verurteilt wurde, da sprang der Genossenführer auf und ersuchte seine Getreuen, mit ihm den Saal zu verlassen. Unter allgemeinem Hochgelächter zog Bönz an der Spitze seiner „Her“ ab. Mit allen gegen 1 Stimme wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Walsheide tagende, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene Versammlung spricht dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter für sein Verhalten die vollste Anerkennung aus. Im Interesse der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterchaft konnte der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter nicht anders handeln als er gehandelt hat. Die Versammlung verurteilt entschieden das Verhalten des sozialdemokratischen

realistischen Bergarbeiterverbandes. Der Kampf war geführt gegen alle sonst geltenden gewerkschaftlichen Regeln und sein Zweck, die Vernichtung des christlichen Gewerbevereins. Der Arbeiterchaft wird zur Pflicht gemacht, energisch und zielbewußt für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten, da dieselbe die beste Gewähr bietet, den sozialdemokratischen Klassenkampfgeulsten ein Paroli zu bieten.“

Im Schlußwort bedauerte Kollege Meringer, daß die Genossen laufen gegangen seien. Es zeige sich auch hier wieder, daß die Genossen im Vergehen und Verächtlichen der christlichen Arbeiter Großes leisten, aber die Wahrheit zu hören hätten keinen Mut. Die Anwesenden sollten das Gehörte ausnützen, um Aufklärung in die Arbeitermasse zu tragen. Seine Aufforderung zum Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband hatte den Erfolg, daß 5 Kollegen sofort beitraten. Nachdem Kollege Schöffler die Anwesenden gleichfalls aufgefordert hatte, unablässig für die Ausbreitung unserer christlichen Metallarbeiterverbandes zu wirken, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen. — Und jetzt, Herr „Genosse“ Bönz, arbeiten Sie nur so weiter, und unser Weizen wird erst recht blühen. Daß es auch in den Köpfen der Anhänger des Herrn Bönz zu tagen beginnt, beweist der Ausdruck eines Genossen, der sagte: „Da hat der verdammte Perli (er meinte Bönz) uns einmal ordentlich blamiert!“ — Wir danken!

### Soziales.

#### Die bayerische Gewerbechau 1912 in München.

Man schreibt uns: Die bayerische Gewerbechau, die vom 18. Mai bis Mitte Oktober in München stattfindet, will keine jener riesenhaften Ausstellungen moderner Weltstädte sein, deren pomphaften Gegenständen man fremd und ohne herzlichen Anteil entgegentritt, weil kein richtiges Verhältnis zwischen Ausstellungsgegenstand und der Mehrzahl der Ausstellungsbesucher besteht. Das mangelnde Verhältnis tritt das Interesse für die Ausstellung, und so durchläuft man gleichgültig die prunkenden Stände großer Firmen. — Anders ist es bei der bayerischen Gewerbechau. Sie ist eine Ausstellung für jeden, besonders auch für den, der nicht mit Glücksgütern gesegnet ist. Volkstümlichkeit im besten Sinne wurde bei der bayerischen Gewerbechau dadurch erreicht, daß nicht den Weltfirmen mit ihren materiell unerschwinglichen Produkten die Vorkherrschaft gelassen wurde, sondern daß auch dem Einzelhandwerker und seiner schlichten Arbeit das Tor weit aufgetan wurde.

Das soll inderien nicht heißen, daß die bayerische Gewerbechau ausschließlich dem Kleinerzeugnis dienen will. Sondern das soll heißen, daß hier Produkte moderner Geschicklichkeit, modernen Empfindens und modernen Geschmacks geboten werden, lediglich beurteilt nach ihrem Herstellungswert, nach ihrer handwerklichen Geübtheit und nach der Selbstständigkeit ihrer Formgebung. Wir alle kennen das sehnsüchtige Bedürfnis nach Schönheit, das im Volk lebendig ist, und wir wissen, daß nur das Volkstum und volkstümliches Kunstgewerbe im besten Sinn genannt werden darf, was auch im Kleinsten und Unscheinbarsten mit Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes und mit inniger Andacht zur Schönheit geschaffen wurde.

Der ästhetische Geschmack, der also bei allen Ausstellungsgegenständen der Gewerbechau vorausgesetzt wird, braucht kein studierter zu sein, er wird schon Schätze produzieren, wenn er ein stark heimatischer ist, denn Heimatkunst bedeutet immer noch eine hohe Kunst. Da kommen denn alle die kleinen und heimlichen Künstler in bayerischen Dörfern — mögen sie nun unter den Holzschneidern in Oberammergau oder Berchtesgaden, unter den Eigenmachern von Wittenwald, unter den Töpfern der Oberpfalz, unter den Glasbläsern im bayerischen Wald oder unter den Korbflechtern Oberfrankens sitzen, zu Wort, und es wird eine Art Verbrüderung zwischen Kunst und Handwerk gefeiert. Daneben fehlt natürlich auch die größere Industrie nicht: Augsburg schickt seine Textilien, Mittelfranken ihr durch seine hochentwickelte Spielwarenbranche vertreten, Oberfranken durch seine leistungsfähigen keramischen Betriebe, die Hauptstadt durch ihre zahlreichen kunstgewerblichen Werkstätten und Ateliers. Besonders reizvoll ist eine Ueberschau über kirchliche Kunst und kirchliches Kunstgewerbe, die in einer stattlichen kirchenartigen Halle vereinigt sind.

Es werden übrigens nicht nur Dinge ausgestellt, sondern es sollen auch Betriebe in voller Tätigkeit vorgeführt werden, und es sind deren bereits mehr als 20 gewonnen worden, die ein Bild von Fleiß, von der Umsicht und der Geschicklichkeit des Werkmannes geben werden. Auch was in diesen Betrieben produziert wird und auf der Ausstellung zum Verkauf kommt, ist möglichst dem praktischen Tagesbedarf angepaßt.

Im ganzen betrachtet, stellt also die bayerische Gewerbechau eine soziale Tat dar, sie ist nicht nur eine Rückschau, sondern sie will auch der Zukunft Anregungen geben und immer weitere Kreise für kunsttuniges Schaffen und für Qualitätsarbeit interessieren.

Bemerkt sei, daß krantenversicherungspflichtige Arbeitnehmer bei Reisen zur bayerischen Gewerbechau auf allen bayerischen Staatsbahnen in der 3. Wagenklasse der Eil- und Personenzüge zum halben Einzugsfahrpreis befördert werden, wenn sich zur Hinreise nach München mindestens 10 Personen zusammenschließen.

### Literarisches.

Sozialdemokratische und christliche Sittenlehre. Arbeiterbibliothek 16. Heft. 1.—10. Tausend. 89 (68) M. Gladbach 1912, Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ G. m. b. H. 40 Pfg. Postfrei 45 Pfg.

Das Büchlein ist für die Bibliothek des Arbeiters bestimmt. Es untersucht in durchaus populärer Form die sozialdemokratischen Anschauungen über Ethik, ihrem Zusammenhang mit dem materialistischen Determinismus der 50er Jahre und stellt der sozialdemokratischen Ethik die christlich-realistische Individual- und Sozial-Ethik gegenüber. Das letzte Kapitel behandelt die Notwendigkeit und Methode christlicher Kulturarbeit in der Gegenwart. Das Büchlein dürfte sich besonders zur Behandlung in sozialen und apologetischen Unterrichtskursen der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine eignen.

Die Elektrizität im täglichen Leben. Die Eisenbahn. So betitelt sich zwei uns kürzlich zugegangene Schriften der Naturwissenschaftlichen Zeitschrift der Reichlichen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Verlag Theob. Thomas-Verlag, Preis je 60 Pfg. Beide Bändchen behandeln das ausgegebene Thema in einer auch dem Laien und der Jugend leicht verständlichen Weise. In dem Text eingestreute Skizzen und Abbildungen tragen zum besseren Verständnis des Ausgesprochenen wesentlich bei. Wir können die Schriften unseren Kollegen, die sich für die darin behandelten Fragen interessieren, zur Anschaffung empfehlen.

### Briefkasten

Nr. 124 992. Selbstverständlich ist sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter jederzeit berechtigt den Arbeitsvertrag zu kündigen und nach Ablauf der Kündigungsfrist aufzulösen. Jeder Teil kann also kündigen und braucht dem anderen den Grund gar nicht anzugeben. Wegen der lebensgefährlichen Treppe in dem Betriebe macht ihr am besten der Gewerbeinspektion Mitteilung; es wird dann schon für Abhilfe gesorgt werden. Kommt ein Arbeiter durch Sturz von der Treppe zu Schaden, so ist das selbstverständlich ein Betriebsunfall, den die Unfall-Versicherungsgesellschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu entschädigen hat. Trifft aber den Arbeitgeber ein direktes großes Verschulden an dem Unfall, so könnte er ev. im Wege der Privatklage zum Ersatz des weitergehenden Schadens angehalten werden.

### Sterbetafel.

**Duisburg-Beek.** Am 12. April starb unser Kollege Josef Heinz im Alter von 49 Jahren infolge eines Unfalls.  
**Döberitz.** Am 1. Mai starb unser Kollege August Bungefer im Alter von 37 Jahren an einem Lungenleiden.  
**Gewelsberg.** Am 1. März starb unser Kollege Paul Drüppel im Alter von 38 Jahren infolge Lungenentzündung.  
**Thale a. S.** Am 3. Mai starb unser Kollege Emil Bötker im Alter von 32 Jahren an den Folgen einer Operation.  
**Dortmund.** Am 27. April starb unser jugendliches Mitglied Franz Rutkowski im Alter von 17 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!  
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!  
**Freitag, den 10. Mai.**  
Essen, Klempner des Klempnervereins. Abends 8.30 Uhr „Alfredshaus“, Frohnauerstraße 19.  
Gelsenkirchen-Vulmke. Abends 8 Uhr bei Meschede.  
Stettin. Abends 8.30 Uhr bei Landwehr, Hohenstr. 1.  
**Sonntag, den 11. Mai.**  
Berlin-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Gussiteustr. 45.  
Rugbrühl. Abends 7 Uhr Versammlung.  
Dortmund-Wechmar. Abends 6 Uhr bei Hoff.  
Duisburg-Kleinmeyer. Abends 8.30 Uhr bei Gastamp, Ede Friedrich-Wilhelm- und Wallstr.  
Düsseldorf-Derendorf. Abends 9 Uhr bei Quertling, Ede Münster- und Barbachstraße.  
Hambura. Abends 9 Uhr bei Schröder, Talstraße.  
Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.  
Köln-Grenzfeld. Abends 9 Uhr bei Vorndorfer, Neplerstraße.  
Köln-Indenthal. Abends 9 Uhr bei Sabel, Bachemerstraße 120.  
Köln-Dumbold-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Gut, Wallstraße.  
München. Abends 8 Uhr im Lokale „Republik“, Senefelderstr. 11.  
Solingen-Gann. Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel.  
Stuttgart-Ruffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der „Traube“.  
Tübingen. Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Lange.  
Woburn. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße.  
**Sonntag, den 12. Mai.**  
Abernach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Samu.  
Bonn. Abends 8.30 Uhr bei Brann, Schäferstr. 10.  
Koblenz. Vorm. 11 Uhr bei Datz, am Marktplatz, Ede Adorfstr.  
Düsseldorf-Gler. Vorm. 11 Uhr bei Gassevelt, Gumbelstr. 120.  
Düsseldorf-Oberfassel. Vorm. 11 Uhr bei Wosten, Ruegallee 50.  
Düsseldorf-Verdt. Vorm. 11 Uhr bei Bassen, Grefelderstraße 81.  
Eisen-Altendorf. Vorm. 11 Uhr bei Wint, Altendorferstraße 209.  
Ref.: stell. Rabberg.  
Eisen-Stadt, Guitrop, Nordost und Stoppenberg. Vorm. 11 Uhr bei Spahn, Edeertor.  
Eisen-Vorbeck-Schönebeck. Vorm. 11 Uhr bei Wöhlhoff.  
Eisen-Vollmerhausen. Vorm. 11 Uhr bei Wudner.  
Eisen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Fathberg.  
Gelsenkirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.  
Gelsenkirchen-Renkab. Vorm. 11 Uhr im Ruhrtal-Restaurant.  
Hagen-Alfstadt. Morgens punkt 11 Uhr bei Gieshoff.  
Hagen-Altenhagen. Morgens punkt 11 Uhr bei Steinhaus. Wichtig Tagesordnung.  
Hanningen. Nachm. 4 Uhr bei Schiffmann.  
Köln-Salz. Morgens 11 Uhr bei Breuer, Berrenrathstraße 162.  
München. Morgens 11 Uhr bei Seibler.  
Ober-Warmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ede Jäger- und Wäldinghauserstraße.  
Siegburg. Morgens 11 Uhr in Meurten, Kronprinzenstraße.  
Sonthofen. Nachm. 2.30 Uhr Versammlung.  
Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.  
Süß. Morgens 11 Uhr bei Dfer.  
Uerdingen. Vorm. 11 Uhr bei Schmidt, „Zum Parlament“.  
Wetter. Morgens punkt 11 Uhr im kath. Vereinshaus.

### Montag, den 13. Mai.

Eisen-Elektromonteur. Abends 7.30 Uhr bei Schotten, Viehoferstraße 47.  
**Mittwoch, den 15. Mai.**  
Durlach. Abends 8.30 Uhr im „Bühnenhof“.  
Seilighaus. Abends 8.30 Uhr bei Rippersbusch, Hauptstr.

### Samstag, den 18. Mai.

Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schütz, Festhalle, an Königsgraben 14.  
Döberitz. Abends punkt 8.30 Uhr bei Heuemann. Wichtig Tagesordnung.  
Goblenz. Abends 8.30 Uhr bei Stein.  
Düsseldorf-Wilf-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, (Paar), Biltenerlee, Ede Kronenstr.  
Düsseldorf-Berrath. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstr.  
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im „Weimarischen Hof“.  
Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Sanderbräu, Schiffsstr. 7.  
Hagen-Gilpe-Deffern. Abends punkt 8.30 Uhr bei Wwe. Keller. Wichtig Tagesordnung.  
Milde. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenbahl, Bördertstr.  
Mittel-Warmen. Abends 9 Uhr bei Undermann, Oberdörnerstr. 69.  
Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im ev. Arbeitervereinslokal.  
**Sonntag, den 19. Mai.**  
Düsseldorf-Erkrath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting.  
Düsseldorf-Blingen. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach.  
Düsseldorf-Grertheim. Vorm. 11 Uhr im „roten Hahn“, Gräulingstr. 18.  
Gewelsberg. Nachm. 5 Uhr bei Schillen, Mittelstr.  
Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Gremelux.  
Hagen-Wehringhausen. Morgens punkt 11 Uhr bei Simon. Wichtig Tagesordnung.  
Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Saffender, Hauptstraße 28.  
Köln-Kalf. Morgens 11 Uhr bei Hönigberg, Brennerstraße 14.  
Mülheim-Oberhausen (Ordnungsverwaltung). Nachm. 3.30 Uhr bei Kemmerling, Ede Düppel- und Königsstr. Generalversammlung. Ref. Kol. Gierkefer.  
Troisdorf. Morgens 10.30 Uhr bei Goseberg.

### Abreihen:

1. Vorsitzender ist Kollege Theodor Jansen, Pichtenstraße 7.  
**Tüchtige Schlosser und Maschinenbauer** werden bei gutem Lohn gesucht. Näheres Ernst, Schachmeyerstr. 9.1.  
**Tüchtige Former** werden sofort dauernd eingestellt. Hoher Lohn und Reise- oder Anzugsvergütung nach Vereinbarung. Gierkeri Perzberg (Gatz).